Dienstag, 9. Oktober.

Der Westfäl. Merkur erscheint täglich zweimal, am Tage nach Sonn- und Feiertagen einmal.

Beilagen: [illegible]
Redaktion: Lütkegasse 1–3. [illegible]
Expedition: Königstraße 59. [illegible]
Verlag und Rotationsdruck der Westfälischen Vereinsdruckerei.
Probenummern: [illegible]

Telegramm-Adresse: Merkur, Münsterwestf.
Fernsprech-Anschluß: Redaktion Nr. 205, Expedition Nr. 112.

Westfälischer Merkur.

Gegründet 1822. Morgen-Ausgabe. 85. Jahrgang.

1906. — Nr. 503.

Bezugspreise:
Vierteljährlich: In Münster bei der Expedition Mk. 3.00; außerhalb bei allen deutschen Postämtern Mk. 3.50.
Zweimonatlich: [illegible] Mk. 2.34.
Einmonatlich: [illegible] Mk. 1.17.
Einzelnummer: zu haben in der Expedition, an den Bahnhöfen u. [illegible] Exemplar 10 Pfg.

Anzeigenpreise:
Für die Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Reklamezeile 60 Pfg.
Anzeigen-Annahme: In Münster Königstraße 59, [illegible] Annoncen-Bureaus des In- und Auslandes.

∞ Die sogen. welfische Gefahr.

Die Antwortschreiben des Fürsten Bülow gefallen den unerbittlichen Gegnern des „Welfengeschlechts" ganz vorzüglich. Nicht bloß in liberalen, sondern auch in freikonservativen Blättern wird versucht, Stimmung zu machen für den gänzlichen und unbedingten Ausschluß der Cumberland'schen Linie von der Erbfolge in Braunschweig. Man malt dem deutschen Philister ein greuliches Schreckgespenst an die Wand: in Braunschweig wolle ein rücksichtsloser Reichsfeind die ganze Staatsgewalt einsetzen, um mit Hilfe der Welfenpartei und mit allen sonstigen in- und ausländischen Helfern Hannover wieder dem preußischen Staat zu entreißen und überhaupt das ganze Reich auf den Kopf zu stellen. Das Ende des Angstliedes ist dann: Preußen könne niemals dulden, daß ein Welfensproß sich in Braunschweig niederlasse, der Bundesrat müsse entschieden Preußen und das Reich gegen diese allerschlimmste Gefahr sicher stellen u. s. w. Natürlich bekommt das Zentrum auch seine Seitenhiebe ab; es wird nach langer Schonzeit einmal wieder im Bismarckschen Jargon für „reichsfeindlich" erklärt.

Das Gerede geht auf eine Fälschung der öffentlichen Meinung hinaus. Die Frage, welche jetzt zur Erörterung steht, ist nicht vom Zentrum oder von den „Welfen" auf die Tagesordnung gestellt worden, sondern vom braunschweigischen Landtag sowie von dem Staatsministerium und dem Regentschaftsrat dieses Landes. Diese Vertreter Braunschweigs stehen politisch und gesellschaftlich dem Zentrum ganz fern; sie gehören auch in ihrer übergroßen Mehrheit durchaus nicht der sog. welfischen Partei an, wenigstens bis jetzt noch nicht. Sollten die nationalliberalen und freikonservativen Braunschweiger noch einmal „Welfen" im Parteisinne werden, so könnte das nur auf die verkehrte Berliner Politik zurückgeführt werden, eine Politik, die nicht bloß dem Rechtsgefühl, sondern auch den braunschweigischen Interessen und Wünschen zu wenig Rechnung trägt.

Was haben nun die Braunschweiger angeregt? Nicht etwa die unbedingte Zulassung des berechtigten Thronerben, sondern nur den Versuch einer Verständigung auf der Grundlage des Verzichtes auf Hannover. Die Braunschweiger haben in ganz korrekter Weise den Bundesratsbeschluß von 1885 respektiert. Sie dachten, daß nunmehr wohl zwischen ihrem angestammten Herrscherhause und Berlin ein Verhältnis hergestellt werden könne, das dem reichsverfassungsmäßigen Frieden entspräche, und sie haben ausdrücklich erklärt, daß sie den rückhaltlosen Verzicht auf Hannover als unerläßliche Voraussetzung für die Regierungsfähigkeit des Hauses Cumberland betrachteten.

Also wenn man die „welfische Gefahr" untersuchen will, so muß man fragen: Wird ein braunschweigischer Herzog, der auf Hannover rückhaltlos verzichtet hat, eine Gefahr für den preußischen Besitzstand oder überhaupt für den inneren Frieden bilden?

Wir vermögen uns das bei aller Anstrengung der Phantasie nicht vorzustellen. Was in Braunschweig an „Welfen" vorhanden ist, wird durch den Regierungsantritt des legitimen Fürsten voll befriedigt sein. Daß die Braunschweiger Lust hätten, für eine Personal-Union oder gar eine staatliche Verschmelzung mit Hannover sich ins Zeug zu legen, haben wir nie gehört. Die sogenannte welfische Partei in Hannover selbst würde durch den endgültigen Verzicht ihres ehemaligen Herrscherhauses die vermeintliche Rechtsgrundlage verlieren, auf der sie bisher fußte. Wenn sie überhaupt Hannover rebellisch machen wollte oder könnte, so hätte sie vor dem Verzicht der entthronten Dynastie doch viel eher dazu Anlaß und Kraft gehabt, als nach dem Verzicht. Die hannoversche Welfenpartei würde, nachdem die ehemalige Dynastie den Uebergang des Landes an Preußen förmlich anerkannt hätte, nur noch als konservative Landespartei mit etwas partikularistischem Einschlag fortbestehen.

Aber der Fürst selbst? Auch die grimmigsten Gegner des Welfenhauses habe kein Recht, dem Herzog von Cumberland zuzutrauen, daß er nach dem Verzichte auf Hannover in wortbrüchiger und verräterischer Weise auf die Wiedererlangung von Hannover spekulieren könnte. Und wäre er so gewissenlos, so würde er bei dem ersten Versuch seine Ehre und sein Ansehen bei dem eigenen Volke sowie unter den deutschen Fürsten vollständig verlieren; er wäre sofort ein politisch toter Mann.

Das ist doch für jeden Unbefangenen ganz klar und handgreiflich: Wenn der Herzog von Cumberland einen Kampf gegen Preußen führen wollte, so könnte er es von Gmunden aus zehnmal besser, als von Braunschweig aus.

Also, was man „welfische Gefahr" nennt, würde durch den Verzicht des Herzogs auf Hannover und den Eintritt in den deutschen Fürstenbund als Herrscher von Braunschweig beseitigt werden. Aber wenn es überhaupt eine welfische Gefahr gibt, muß sie dann nicht verschärft werden durch das schroffe Vorgehen gegen das entthronte Geschlecht und gegen die Interessen und Gefühle der Braunschweiger?

Durch die Berliner Uebereilung ist eine Lage geschaffen, die der Herzog von Cumberland in einer sehr unangenehmen Weise für die „welfische Agitation" ausnützen könnte, wenn er so unternehmungslustig wäre, wie man ihm nachsagt. Tut er es nicht, so kann Fürst Bülow von Glück sagen.

Deutschland.

Berlin, 8. Oktober.

✱ **Die südwestafrikanischen Frachtkuriosa,** die neulich von der „Dortm. Ztg." mitgeteilt worden waren und allgemeines Aufsehen erregt haben, sucht die „Nordd. Allg. Ztg." jetzt, soweit es angeht, zu berichtigen:

Bei der Berechnung der Landungsgebühren soll die Woermann-Linie dadurch das Reich übervorteilt haben, daß sie je nach den Umständen nach Tonnengewicht oder Kubikinhalt rechnete. Hierzu ist folgendes zu bemerken: Der seit März 1904 gültige Tarif enthält eine Bestimmung, daß die Erhebung der Gebühren nach demjenigen Maßstabe erfolgt, welcher bei der Berechnung der Seefrachtkosten zu Grunde gelegt wird. Die Woermann-Linie hat nun allerdings versucht, sich über diese Tarifbestimmung hinwegzusetzen, es handelt sich dabei indes um Fälle, wo die strikte Anwendung des betreffenden Paragraphen zweifellos eine Härte für sie bedeutet. Im allgemeinen werden nämlich nach Handelsbrauch die Frachtkosten für Schwergut nach Gewicht, für Leichtgut (wie Heu, Hafer und sonstiges Futter) nach Raummaß berechnet. Von dieser Uebung wird aber mitunter abgewichen, namentlich bei Verschiffung von Heu. Der Reeder ist in einem solchen Falle in der Lage, sich durch entsprechende Erhöhung der Frachtrate (des Einheitssatzes für 1 Kilogramm usw.) schadlos zu halten. Für die Woermann-Linie, welche an die Sätze des Tarifs gebunden ist, bedeutet hingegen die Anwendung des Gewichtsmaßes für Leichtgut jedesmal einen empfindlichen Verlust. Sie hat deshalb in einigen Fällen, wo diese Berechnungsart für die Frachtkosten von Heu gewählt war, ihre Gebühren nach dem Raummaß berechnet. Die betreffenden Rechnungen sind aber keineswegs von der Regierung bezahlt, sondern beanstandet worden, und die Angelegenheit ist einem Schiedsgericht unterbreitet worden. Um ein Urteil von ganz unparteiischer und zugleich sachverständiger Seite zu gewinnen, ist die Handelskammer in Bremen um die Bildung eines solchen ersucht worden. Das Schiedsgericht hat auch, soweit es sich um den berührten Streitpunkt handelt, zugunsten des Fiskus entschieden. In einem anderen Falle, der den aus Buenos Aires gekommenen Dampfer „Metis" betrifft, ist die Kolonialverwaltung allerdings vor dem Schiedsgericht unterlegen. Es war dies aber gerade ein Fall, wo die erwähnte Tarifbestimmung eine Lücke zeigte (weil für die Fracht eine Pauschalsumme vereinbart worden war), und die Angemessenheit der Forderung der Woermann-Linie zu prüfen war. Von der Kolonialverwaltung war damals ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß die geforderten Landungsgebühren usw. (35 645,50 Mark) außer Verhältnis zu den Frachtkosten (Lstr. 4989.13.3 — etwa 88 000 Mark) ständen. Der Schiedsspruch führt mit Bezug hierauf folgendes aus: „Auch mit ihrem ferneren Einwand, daß die von der Woermann-Linie berechnete Summe der Beförderungsgebühren im Verhältnis zur Seefracht zu hoch erscheine, kann die Kolonialabteilung nicht durchdringen. Die von der Woermann-Linie zu bewältigende Leistung bleibt dieselbe, einerlei ob der Wasserweg kurz oder lang war, und ob die Frachtrate hoch oder niedrig war. Außerdem handelt es sich um feste Sätze, die im Einverständnis beider Teile aufgestellt sind."

Wenn in dem Artikel der „Dortm. Ztg." ferner behauptet wird, es hätten auch Landungsgebühren für Futter gezahlt werden müssen, das bei Pferdetransporten usw. auf See verbraucht worden sei, so kann festgestellt werden, daß solche Fälle bisher die Kolonialabteilung nicht beschäftigt haben. Allerdings ist bei Transporten, welche von Hamburg aus verfrachtet worden sind, üblich gewesen, die Landungsgebühren für Swakopmund im voraus zu bezahlen, und die Woermann-Linie hat in den Rechnungen für Pferdetransporte (Transporte anderer Tiere haben von Hamburg aus nicht stattgefunden) auch das mitgeführte Futter in Ansatz gebracht. Schon in den Rechnungen selbst ist aber der Betrag, welcher auf das für die Reise bestimmte Futter entfiel, zurückgerechnet worden. Was die von Kapstadt ausgegangenen Transporte anlangt, so ist in dem Frachtsatze von 4 Lstr. für das Tier schon die Fracht für das Futter miteinbegriffen gewesen, und es ist nur die Landungsgebühr für die Tiere selbst an die Woermann-Linie im voraus bezahlt worden. Höchstens ist es vorgekommen, daß die Militärverwaltung Futter, welches übrig geblieben war, mit Rücksicht auf den in Deutsch-Südwestafrika herrschenden Futtermangel an Land schaffen ließ. Dann hat sie hierfür allerdings Landungsgebühren entrichtet. Solche standen der Woermann-Linie aber nach dem geltenden Tarif auch zweifellos zu.

Wenn schließlich auch die Höhe der Frachtsätze für Viehtransporte von Kapstadt nach Lüderitzbucht (4 Lstr. für das Tier) bemängelt wird, so hat dieser Betrag nicht nur der Woermann-Linie, sondern auch allen übrigen Reedereien, insbesondere den englischen, gezahlt werden müssen. Es erklärt sich dies daraus, daß Kapstadt infolge der seit dem Burenkriege herrschenden Depression nur von einer verhältnismäßig geringen Zahl von Frachtdampfern besucht wird, während in Buenos Aires, das der Hauptplatz für den gewaltigen Export- und Importhandel von und nach dem Süden Amerikas ist, stets eine große Flotte von Schiffen aller Länder versammelt ist. Der Frachtsatz für Tiere hat übrigens in Kapstadt bis 1904 sogar 5 Lstr. betragen. Erst dem Bemühen des deutschen Generalkonsuls ist es gelungen, ihn auf 4 Lstr. herabzudrücken. Alle Bestrebungen desselben, die Rate noch weiter zu ermäßigen, sind indes erfolglos geblieben.

Ganz abgesehen davon, daß von dem belastenden Material, das die „Dortm. Ztg." ans Licht gefördert hat, das Meiste bestehen bleibt, ergibt sich auch, daß der mit Woermann geschlossene Vertrag selbst überaus mangelhaft und für die Reichsfinanzen äußerst schädigend gewesen ist. Die „Nordd. Allg. Ztg." sucht hierüber damit zu beruhigen, daß sie ausführt, der seit dem März 1904 geltende Vertrag mit der Woermann-Linie laufe nebst Tarif im Dezember 1908 ab, sofern er ein Jahr vorher gekündigt werde. Daß der Tarif so einseitig nur zugunsten des einen Kontrahenten abgeschlossen ist, entschuldigt der offiziöse Artikel mit folgenden Worten:

„Wenn jetzt in der Presse die Landungsgebühren als zu hoch bemängelt werden, so ist demgegenüber darauf hinzuweisen, daß zu jener Zeit für die Regierung nur die Wahl bestand, entweder das Landungsgeschäft in Swakopmund selbst zu besorgen oder es der Woermann-Linie zu übertragen. Die Uebernahme des Betriebes in Regie ist seinerzeit ernstlich erwogen worden. Sie hätte indes einen zu großen Beamtenapparat erfordert, und es bestand auch die begründete Befürchtung, daß bei den Weitläufigkeiten, welche die Anforderung neuer Mittel zwecks Erweiterung eines fiskalischen Unternehmens verursacht, ein solches sich den wachsenden Bedürfnissen des Verkehrs nicht rasch genug würde anpassen können. Auch der Gouverneur, der vorher mit den Interessenten ins Benehmen getreten war, empfahl daher, das Landungsgeschäft in möglichst weitem Umfange einem Privatunternehmer zu übertragen. Als solcher kam aber nur die Woermann-Linie in Betracht, welche überdies allein von allen deutschen Schiffslinien mit den Verhältnissen an der Westküste von Afrika vertraut war, und welche, da sie sich bereits im Besitz des nötigen schwimmenden Materials befand, jedenfalls billigere Preise stellen konnte, als irgend ein anderer Unternehmer."

Zum Schluß sagt dann die „Nordd. Allg. Ztg.":

Uebrigens gewährt weder der Tarif noch der neben jenem einhergehende, zwischen der Woermann-Linie und der Kolonialabteilung abgeschlossene Vertrag betreffend die Rechte und Pflichten der Woermann-Linie, dieser ein wirkliches Monopol gegenüber Privaten. Die letzteren sind durchaus berechtigt, eine jede Sendung selbst zu bewerkstelligen. Nur wenn sie die Transportmittel der Woermann-Linie und die ihr überlassenen fiskalischen Anlagen benutzen, haben sie die tarifmäßigen Gebühren zu entrichten.

☐ **Die Mittelstandsvereinigung** hat sich in Sachsen schon wieder einmal bei einer Handwerkerorganisation einen gehörigen Korb geholt. Im Plauener Amtsblatt, dem „Vogtländ. Anz.", erläßt die Steinsetzerinnung der Kreishauptmannschaft eine geharnischte Erklärung gegen die Mittelstandsvereinigung, die sich nicht gescheut habe, hinter verschlossenen Türen die Innung wegen ihres Nichtbeitritts zu der Vereinigung in wenig angemessener Weise anzurempeln; in dem Protest heißt es u. a.: „Innungen haben keine politischen Tendenzen zu verfolgen, und wenn man Innungen zu politischen Helfershelfern haben oder sie durch eine Vereinigung zu solchen erziehen will, so müssen eben die Innungen, die es gut mit ihrer Sache und dem Handwerk meinen, Front gegen solche Bestrebungen machen. Die unterzeichnete Innung steht eben auf dem Standpunkt, daß die Mittelstandsvereinigung Politik treibt und daß einige Herren durch Existenz einer solchen Vereinigung einen guten pekuniären Unterschlupf finden wollen und anscheinend schon gefunden haben."

✱ **Die Anarcho-Sozialisten** wollen dem Versuch, sie aus der sozialdemokratischen Partei hinauszudrängen, energischen Widerstand entgegensetzen. In den beteiligten Organisationen ergeht jetzt durch die Geschäftskommission der lokalorganisierten Arbeiter ein Aufruf, daß als einzelner niemand wegen seiner Parteimitgliedschaft irgend welche Schritte unternehme und alle Zumutungen, die eventuell an ihn gestellt werden, so lange abweise, bis nähere Mitteilung über die zu treffenden Maßnahmen gemacht ist.

Ueber die rote „junge Garde" äußert sich die sozialdemokratische „Münch. Post" in recht despektierlicher Weise:

Wenn wir ehrlich sein wollen, müssen wir gestehen, daß die Verhandlungen weit mehr Unerfreuliches als Erfreuliches boten. Man hätte zweifellos besser getan, die Leiter der Organisationen, die älteren Genossen, zu einer Beratung über die zu unternehmenden Schritte zu laden, als die Jugendlichen und ganz Jugendlichen selbst nach Mannheim zu bemühen. Es wäre sicher mehr dabei herausgekommen. Dann die zutage tretenden Anschauungen waren noch so ungeklärt, die Debatte verlor sich oft dermaßen ins Uferlose, es herrschte eine solche Unklarheit über das, was man eigentlich wollte, daß schwere Bedenken nicht zu unterdrücken sind.

Es wirkt, so schließt die nette Epistel, für jeden im ernsten politischen Kampfe Stehenden geradezu komisch, die jungen Menschen von 16, 17 Jahren mit ungemessenem Selbstbewußtsein über Erziehungsfragen reden zu hören, zu deren Beurteilung ihnen jegliche Erfahrung fehlen muß. Sie gebärdeten sich als Subjekte, wo sie billigerweise doch nur Objekte der Erziehung sein sollten.

Der Papst über die Arbeiterversicherung. In Belgien besteht ein christlicher Bund für Arbeiterversicherung, der auf der Methode der Wechselseitigkeit beruht. Der Zweck des Bundes ist Sicherstellung der Arbeiter, Hülfe bei Unglücksfällen und bei Verdienstlosigkeit, ferner die Verteilung von Alterspensionen. Die Zahl der Mitglieder beträgt zirka 300 000. Eine Gruppe von Delegierten dieser Organisation wurde dieser Tage vom Papste in feierlicher Audienz empfangen, und der Hl. Vater erwiderte auf die Ansprache des Präsidenten ungefähr folgendes:

„Ich kann euch nur beglückwünschen und euch ermutigen, das Werk der materiellen, moralischen und religiösen Hebung des Volkes fortzusetzen. Es ist dies das größte gute Werk, das man tun kann, ja ein wahres Apostolat, für das ich euch dankbar bin und das ich bewundere. Es liegt darin die praktischste und nützlichste Betätigung, die man in dieser Richtung an den Tag legen kann. Ich segne von Herzen euer Unternehmen, segne eure Fahne und rufe den Segen Gottes auf die Schöpfer und Mitarbeiter des Werkes herab!"

Darauf küßte der Papst die Fahne und unterhielt sich noch längere Zeit mit den Delegierten.

Nationalliberaler Parteitag.

(Nachdruck verboten.)

II.

✧ **Goslar,** 7. Oktober.

Am heutigen zweiten Verhandlungstage ist die Zahl der Teilnehmer am Parteitage noch erheblich gestiegen. Zunächst wurde in der Debatte über die Reichsfinanzreform und über die politischen Verhältnisse fortgefahren. Hierzu ist von rheinischen Delegierten noch folgende Resolution eingegangen:

„Der Vertretertag der nationalliberalen Partei hält bei vollster Wahrung des bisherigen nationalen Standpunktes die nachdrücklichste Betonung der liberalen Forderungen in Uebereinstimmung mit den Eisenacher Beschlüssen für dringend geboten. Er beauftragt dementsprechend den Zentralvorstand, auf dem 1907 in Kassel tagenden Vertretertage eine Entschließung herbeizuführen, durch welche die Richtlinien der nationalliberalen Politik erneut festgestellt werden. Im übrigen spricht der Vertretertag die Erwartung aus, daß die Partei sich auch fernerhin im Sinne positiver Mitarbeit an den politischen Aufgaben des Reiches und der Einzelstaaten beteiligen werde. Er fordert die Parteigenossen auf, einmütig und entschlossen den Kampf für die bewährten Grundsätze der Partei zu führen, und betrachtet es nach wie vor als die Aufgabe der Partei, den Sammelpunkt für alle liberalen Elemente unseres Volkslebens zu bilden, indem er von der Ueberzeugung ausgeht, daß Engherzigkeit und Uneinigkeit nur zur Zersplitterung und Schwächung führen muß."

Die Resolution ist unterschrieben von den Vereinen in Elberfeld, Barmen und Köln.

In der Diskussion führt

Dr. **Knocke**-Osnabrück aus: Eine Vogel Strauß-Politik darf nicht getrieben werden. Es muß anerkannt werden, daß eine große Mißstimmung entstanden ist. Das Heil unserer Partei hängt von dem Höhepunkt und von dem Niedergang des Reiches ab. Wir dürfen uns nicht nur auf die Landbevölkerung stützen. Ich danke dafür, wenn die breiten Schichten der städtischen Bevölkerung von unserer Partei ausgeschlossen bleiben müssen. (Zustimmung.) Allerdings hat auch die gegen den Parteivorstand und unsere parlamentarischen Vertretungen gerichtete Agitation keine Berechtigung. Fahrkartensteuer und Ortsporto sind das viele Gerede nicht wert. (Beifall.) Wir werden festhalten am Reichstagswahlrecht, eine Uebertragung auf die Einzellandtage ist aber nicht opportun.

Rechtsanwalt Dr. **Marwitz**-Friedenau: Wir begegnen fast allgemein tiefem Mißbehagen. Das kommt von dem unglückseligen Pessimismus in unseren Reihen. Wir müssen wieder Vertrauen bekommen zu unseren Ideen. (Lebh. Beifall.) Ich vermisse die nötige Fühlung mit den Wählerkreisen. Ich erinnere an den Flottenverein und die Ostmarkenpolitik. Was die Kolonialfragen betrifft, so stimme ich dem zu, daß die schmutzige Wäsche nicht vor dem Auslande gewaschen werden sollte. Man muß aber doch fragen, warum man sich nicht schon früher über die schmutzige Wäsche hergemacht hat. Ein Minister sollte sich durch die Person des Monarchen nicht decken lassen. Im Jahre 1902 hat unser Führer Bassermann von dem Heißhunger nach Liberalismus gesprochen. Ich frage, wodurch ist dieser Hunger gestillt worden? Ich bin heute noch hungrig. (Große Heiterkeit.) Von dem Kampfe gegen das Zentrum ist gestern nur nebenbei gesprochen worden, das ist ein Bruch mit unserer alten bewährten Tradition. Wir sind nicht Kulturkämpfer, aber wir haben uns immer gegen das Zentrum gewandt.

Redakteur **Brues**-Krefeld: Es gibt auch in der nationalliberalen Jugendbewegung verschiedene Strömungen. Man hat sich nur über die Entgleisungen der Jungliberalen unterhalten, dagegen das Positive und Gute gar nicht berührt. Der rote Einschlag in die blaue Farbe, wie wir ihn in Süddeutschland sehen, ist mir zu stark. (Beifall und Widerspruch.) Darum gründen Sie nationalliberale Jugendvereine in Norddeutschland als Gegengewicht. Wir müssen rechts und links die Grenzpfähle stecken, denn Disziplinlosigkeiten dürfen nicht mehr vorkommen. Wir müssen eingedenk sein, wenn wir auch einen rechten und einen linken Flügel haben, daß wir trotzdem einig sein müssen. Dann wird die berühmte Politik der mittleren Linie zur Geltung kommen. Ich hoffe, daß die Partei etwas weiter nach links kommt. (Beifall.)

Abg. Dr. **Friedberg**: Die rücksichtslose Opposition, wie sie von der nationalliberalen Jugend getrieben worden ist, geht weit über das Maß des Zulässigen hinaus. (Sehr richtig!) Diese ist geeignet, die Partei schwer zu schädigen, und wird gegen uns im nächsten Wahlkampfe verwendet werden. (Sehr richtig!) Wir kommen nicht vorwärts, weil wir uns fortwährend mit der Kritik der Vergangenheit beschäftigen. Man wirft uns vor, daß wir keine Kritik der inneren Politik geübt haben. Das ist falsch, wir haben beim Etat scharfe Worte gebraucht. Der Mangel an Besonnenheit führt zur Diskreditierung der Partei. (Lebh. Sehr richtig!) Wenn dieses System fortgesetzt wird, trifft uns das Schicksal der freisinnigen Partei. Mit gebrochenem Rückgrat kann man nicht in den Wahlkampf gehen. (Lebh. Zustimmung.) Die Jungliberalen sollen sich einmal ernstlich die Frage vorlegen, ob ihr Verfahren wirklich richtig ist. Man fordert ein neues Parteiprogramm. Das ist vor den Wahlen eine bedenkliche Aktion. Mit Programmen macht man keine Wahlen. (Lebhafte Zustimmung.) Es besteht ein Gegensatz zwischen den Jungen und den Alten, der fast unüberbrückbar erscheint. Man mutet uns zu, daß wir lediglich Opposition und Negation treiben sollen. (Zustimmung; Rufe: Nein, nein!) Das würde ganz gegen alle Tradition und gegen den Geist unserer Gründer sein. Wir wollen positive Arbeit leisten. (Beifall.) Die Herren Jungliberalen wünschen die Grenzen enger gezogen, wir möchten einen möglichst weiten Rahmen, sonst sind wir zur Machtlosigkeit verurteilt. Ich hoffe aber, daß wir trotz allem zu einer Verständigung kommen, und daß wir wieder eine große und mächtige Partei werden. (Lebh. Beifall.)

Hübsch-Nürnberg von den Jungliberalen: Ich verwahre mich dagegen, daß Dr. Friedberg einen Gegensatz zwischen alt und jung konstruiert. (Beifall bei den Jungliberalen.) Ein Teil unserer Partei verzweifelt an der Werbekraft des liberalen Gedankens und sucht Anschluß nach links. Wir gehören zu den Optimisten, wir meinen, daß der Liberalismus an seiner Werbekraft nichts verloren hat, wohl aber an seiner Stoßkraft. (Beifall.) Wir halten fest an den nationalen Grundsätzen, wollen aber die großen Probleme in freiheitlichem, fortschrittlichem und sozialem Geiste lösen. Damit bekämpfen wir die Sozialdemokratie am besten. Man nennt uns Optimisten, wenn sich aber unsere Gedanken durchringen, wird man uns Realpolitiker nennen. Die unglückselige Bekämpfung Liberaler untereinander muß natürlich dazu führen, daß der Liberalismus nach links abrückt. Wir brauchen eine programmatische Einigung. Wir wollen kein Vertrauens- oder Mißtrauensvotum erteilen, wenn wir unsere Ziele programmatisch festlegen, werden Junge und Alte gemeinsam weiterarbeiten an unseren großen Idealen. (Beifall.)

Prof. **Geiger**-Erlangen: Man muß jetzt anerkennen, daß das Zustandekommen der Reichsfinanzreform ein großes Werk war. Wir danken dafür der Reichstagsfraktion. In Bayern sind in der Partei zwei Strömungen vorhanden; wir hoffen aber, daß alt und jung bald wieder zusammen wirken wird.

Rechtsanw. **Bau**-Köln: Die Reichstagsfraktion hat sich eifrig bemüht, uns klar zu machen, daß sie zu den Verkehrssteuern gezwungen war. Wäre diese Aufklärung früher gekommen, so wäre viel Unheil vermieden worden. (Zustimmung.) Ich bitte aber die Form der Kritik von der Sache zu scheiden; wenn selbst unser Führer Bassermann davon sprach, daß ihm eine Laus über die Leber gelaufen ist, dann darf man der stürmischen Jugend ein scharfes Wort nicht verübeln. Die nationalliberale Jugend ist durch und durch national. Das ist ein fester Kitt, der uns verbindet. Ein stets verneinender Standpunkt ist uns keineswegs sympathisch. Aber der nationale Standpunkt darf nicht unter allen Umständen über dem liberalen Standpunkt stehen. (Oho-Rufe.) Das Vergangene muß vergangen sein. (Beifall.) Man schilt auf die Verkehrssteuern, auf Fahrkartensteuer- und Ortsporto-Erhöhung. Vielleicht mit Recht; aber diese leidigen Fragen ewig zu behandeln, hält ja kein Mensch aus. (Heiterkeit und Beifall.) Wir müssen in die Zukunft schauen und unsere Ziele festlegen.

Oberbürgermeister **Struckmann**-Hildesheim legt eine Resolution vor, in welcher gefordert wird, daß unter voller Wahrung der nationalen Interessen auch den liberalen Interessen mit Entschiedenheit zum Siege verholfen wird.

Justizrat **Neumeier**-Kaiserslautern bringt eine Resolution ein, wonach der Vertretertag erklärt, daß durch die aufklärende und erschöpfende Darlegung, welche von seiten der Reichstagsfraktion gegeben worden ist, er die Ueberzeugung gewonnen hat, daß die Reichstagsfraktion sich bei der Reichsfinanzreform in einer äußerst schwierigen Lage befand, daß sie aber bestrebt war, das Richtige zu finden. Der Vertretertag erkenne dieses Streben an und erachte die Meinungsverschiedenheiten zwischen Alt- und Jungliberalen über diesen Punkt ausgeglichen. Die Resolution fordert dann, daß unter Hochhaltung der nationalen und der liberalen Grundsätze in die Vorbereitungen für die nächsten Wahlen eingetreten werde.

Landgerichtsdirektor **Hopner**-Dresden: Die nationalliberale Partei ist stets verkehrsfreundlich gewesen. Sie ist zu der Zustimmung zu den Verkehrssteuern nur durch die Not gedrängt worden.

Oberbürgermeister **Struckmann**-Hildesheim: Ich habe die Jugendbewegung begrüßt, weil sie erfrischend wirken konnte; aber Einheit des Strebens und des Handelns muß vorhanden sein. Die Jungliberalen haben sicherlich die besten Absichten und Wünsche, aber wir sind angewiesen auf eine einheitliche Partei. Die Töne sind heute milder geworden. Ich hoffe daher, daß wir zu einem guten Schluß kommen werden. Die Jugendvereine sollen unsere Mitarbeiter sein. (Beifall.)

Prof. Dr. **Moldenhauer**-Köln begründet die eingangs mitgeteilte Resolution der rheinischen Delegierten. Es bedürfe einer Ergänzung des Programms, da viele neue Fragen aufgetaucht sind. Die Schatten sollen hinter uns liegen, die unser Parteileben bisher verdunkelt haben. Wir brauchen Licht und Klarheit. (Zustimmung.)

Die Diskussion wird dann geschlossen und der Antrag des Oberbürgermeisters Struckmann einstimmig angenommen. Der Antrag Hübsch, auf dem Kasseler Parteitage 1907 eine Ergänzung des Parteiprogramms vorzunehmen, wird abgelehnt. Die Resolution der rheinischen Delegierten wird in ihrem zweiten Teile angenommen, so daß sie nun lautet: Der Vertretertag spricht die Erwartung aus, daß die nationalliberale Partei sich auch fernerhin im Sinne positiver Mitarbeit an den politischen Aufgaben des Reiches und der Einzelstaaten beteiligen werde. Der Vertretertag fordert die Parteigenossen auf, einmütig und entschlossen den Kampf für die bewährten Grundsätze der Partei zu führen und betrachtet es nach wie vor als die Aufgabe der Partei, den Sammelpunkt für alle liberalen Elemente unseres Volkslebens zu bilden, indem er von der Ueberzeugung ausgeht, daß Engherzigkeit und Uneinigkeit nur zur Zersplitterung und Schwächung führen muß. Der Antrag Neumeier wird gegen etwa 20 jungliberale Stimmen angenommen. Ein Antrag bezüglich des baldigen Beginns der Wahlarbeit wird ebenfalls mit großer Majorität angenommen.

Bei der Beratung der Resolution zur Lehrerbesoldungsfrage sprachen Dr. Beck-Duisburg und Dr. Schment-Oberhausen über die mißliche Lage der Lehrer besonders in den Industriebezirken. Beide Redner unterzogen den letzten Studt'schen Erlaß über die Lehrerbesoldung einer vernichtenden Kritik.

Abg. Dr. Friedberg dankt den Rednern für die Anregung, die sie gegeben haben; es hätte ihrer aber nicht bedurft, denn unsere Beurteilung des Ministerialerlasses ist ganz genau dieselbe, wie die der Vorredner. Bei der Unzufriedenheit der Lehrer sind nicht nur materielle Gründe maßgebend, es sprechen auch andere Imponderabilien dabei mit. Das Studt'sche Kultusministerium ist so ziemlich das unpopulärste Ministerium, das es in Preußen je gegeben hat. (Stürmische Zustimmung.)

Die Resolution wird dann einstimmig angenommen.

Hierauf sprach Reichstagsabg. **Pachy** über das Thema: Nationalliberale Partei und Mittelstandspolitik. Redner schildert dann eingehend, wie sich der Mittelstand entwickelt hat und welche Teile der Bevölkerung dazu zu rechnen sind. Der Mittelstand ist außerordentlich wichtig und alle staatstreuen Parteien sollen sich mit der Frage beschäftigen, was für ihn zu tun ist. Ein konservativer Führer erklärte einmal Liberalismus und Mittelstand seien unvereinbar. Wenn aber der Liberalismus irgendwo mit zu fürsorglicher Arbeit berufen ist, so ist es hier, weil es sich um Schichten der Bevölkerung handelt, aus denen er selbst die Mehrzahl seiner Anhänger zieht. In der Mittelstandspolitik muß jedes Mittel versucht werden. Die Fleischversorgung unseres Volkes bedarf entschieden der Verbesserung. Es ist lebhaft zu bedauern, daß ein Landwirtschaftsminister, als man der schweren Sorge bezüglich der Fleischversorgung des Volkes Ausdruck gab, ganz nonchalant von einer nur augenblicklichen Fleischnot sprechen konnte. Muß das nicht Verbitterung erregen! (Zustimmung.)

Gewerbefreiheit und Freizügigkeit haben wir dem Deutschen Reich mit auf den Weg gegeben. Das war eine vornehme Leistung der Partei. Freilich [illegible] wir keinen Mißbrauch dulden und gegen Auswüchse müssen wir uns energisch wenden. Freilich nicht in der Weise, wie eine kleine Gruppe, die „Wirtschaftliche Vereinigung", die nur durch demagogische Agitation etwas geworden ist und alles besser wissen will als andere, obgleich wir Mittelstandspolitik schon getrieben haben, als diese Leute noch geboren waren. Man fragt, warum der Reichstag nicht rechtzeitig gegen Mißbräuche eingegriffen hat. Das lag daran, weil das Parlament immer mit anderen dringenden Arbeiten beschäftigt war. Dem Ausverkaufsunwesen muß gesteuert werden dadurch, daß jeder Ausverkauf unter gewerbliche Kontrolle gestellt wird. Wir hoffen, daß die Regierung demnächst einen entsprechenden Gesetzentwurf einbringt. Auch muß auf Antrag gewerblicher Körperschaften der Staatsanwalt gegen unlauteren Wettbewerb vorgehen. Gegenüber dem traditionellen, großen Befähigungsnachweis sind wir für den kleinen Befähigungsnachweis eingetreten. Eine Enquete über die Lage des Kleinhandels muß erfolgen, dann muß aber auch an die große Aufgabe herangetreten werden, das stattliche Heer der Privatbeamten in die staatliche Versicherung einzugliedern. (Beifall.) Wir tun dem Staatsgedanken einen unschätzbaren Dienst, wenn wir diesen 300 000 Staatsbürgern, die heute sagen: Was ihr den Arbeitern getan habt, das tut ihr an uns auch! die Türen des Reiches öffnen. (Beifall.) An diese große Aufgabe wollen wir mit derselben Begeisterung herantreten, wie damals, als wir im Jahre 1881 die Kaiserliche Botschaft empfingen. Wir wollen auf dem nationalen Boden für den Mittelstand eintreten. Das ist eine Aufgabe, in der wir alle einig sind. (Beifall.)

Von Delegierten aus Kassel, Duisburg und Essen liegt hierzu folgende Resolution vor:

„Der Vertretertag der nationalliberalen Partei begrüßt mit Genugtuung die Ausführungen des Abgeordneten Pachy über die Mittelstandspolitik und betont insbesondere die Notwendigkeit einer Revision des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes, namentlich auch in bezug auf das Ausverkaufswesen, und er hofft von der Mitarbeit seiner Vertreter im Reichstage einen wirksamen Schutz gegen die Handel, Industrie und Gewerbe schädigenden Auswüchse des Ausverkaufswesens. Er hält hier eine Kontrolle durch die Gewerbekörper für geboten."

Auf Antrag des Abg. Pachy wird dieser Resolution noch folgender Zusatz gegeben:

„Der Vertretertag erwartet ferner, daß der berechtigte Anspruch der Privatangestellten auf reichsgesetzliche obligatorische Pensionsversicherung und Invalidenversicherung baldigst erfüllt werde."

Die Diskussionsredner Dr. Lohmann, Dr. Kahler und Pietsch-Mansfeld stellen sich im wesentlichen auf den Standpunkt des Referenten.

Im Schlußwort betont Reichstagsabg. Pachy nochmals, daß in dieser Frage völlige Uebereinstimmung in der Partei herrsche. Der Mittelstand komme neben der Stellung, die die Arbeiter durch die Fürsorgegesetze erlangt haben, nicht mehr mit, und daher sei es notwendig, für ihn mit besonderer Energie tätig einzutreten. Hierauf wird die Resolution mit großer Majorität angenommen. Die Reden Pachys und Dr. Sieberts sollen gedruckt und als Flugblätter bei den Wahlen verwendet werden.

Damit sind die Arbeiten des Parteitages erledigt. — Oberbürgermeister Struckmann-Hildesheim gibt seiner Freude Ausdruck, daß eine Einigung doch noch erzielt sei, worauf Prof. Geiger-Erlangen mit einem Hoch auf die Partei schließt.

Der nächste Parteitag soll im Frühjahr 1907 in Kassel stattfinden.

19. General-Versammlung des Evangelischen Bundes zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen.

rpc. Graudenz, 7. Okt.

(Nachdruck verboten.)

Heute beginnt hier die 19. Generalversammlung des Evangelischen Bundes. Die Einladung erinnert an die wichtigen Aufgaben, die der Bund auch in den besonderen Kämpfen der Ostmark habe. Wenn sich hier katholische Mitbürger zu Vereinen zusammenschließen, die dem Deutschtum ihre Dienste weihten, so ermögliche die Achtung vor der Ueberzeugung Andersgläubiger solchem Beginnen heilsamen Erfolg zu wünschen, nötige aber auch die Evangelischen zum Zusammenschluß, um dem Protestantismus seine gottgewollte Auswirkung zu sichern und in edlem Wettbewerb zum Segen des Vaterlandes zu wirken. „Alle nicht zur Zersplitterung, sondern zur Bereicherung und zur Stärkung unserer nationalen Kraft ergeht unser Ruf an die Glaubensgenossen im weiten deutschen Reiche: auf zur Ostmark, festigt unsere Reihen zur Abwehr und zur Arbeit!"

„Warum ein Evangelischer Bund auch in der Ostmark?", soll vom Seminaroberlehrer Brauhs-Schwerin i. M. begründet werden. Das Einheitsband der evangelischen Deutschen, seine Voraussetzung — gemeinsame evangelische Güter! Seine Stärkung — evangelische Wachsamkeit! besprechen Prof. D. Scholz-Berlin und Pfarrer Niemöller-Elberfeld. Hinter Türen, die für Berichterstatter andersdenkender Blätter verschlossen bleiben sollen, will man in der sog. „Abgeordnetenversammlung" besprechen: 1. Grundlinien einer sachlichen Abwehr des Ultramontanismus. 2. Die Förderung der evangelischen Kirche in Oesterreich. 3. Eine Kleinsiedlungsgenossenschaft in der Ostmark. Den Hauptnachdruck legt man auf die abendlichen Volksversammlungen. Nur eine Hauptversammlung — am Mittwoch ist vorgesehen. „Parität als Schlagwort und als Prinzip" ist sein verheißungsvolles Thema.

Wie bei den Katholikentagen hat man auch eine eigene hölzerne Festhalle vorgesehen, nur entsprechend kleiner, ungeheizt, ohne die für die Beherrschung des Raumes auf den Katholikentagen so nützlichen Rednerlogen. Es fehlen hier überhaupt die Galerien. Man erwartet wohl auch nur einige hundert Mann in den Volksversammlungen. Die Beflaggung und der Schmuck der Stadt läßt zu wünschen übrig, trotz der Aufforderungen in den Lokalblättern. So schreibt heute der „Gesellige", das führende Blatt der Nationalliberalen und Freunde des Bundes hier u. A.:

„Als im August d. Js. die Generalversammlung Deutscher Katholiken in Essen a. d. R. tagte, haben die 80 000 Evangelischen jener rheinischen Industriestadt ein Beispiel deutscher Brüderlichkeit und bürgerlicher Friedfertigkeit gegeben, das hoffentlich für das Verhalten der Katholiken bei der evangelischen Tagung, die mindestens ebenso berechtigt sind, vorbildlich wirken wird. Für alle Graudenzer, die das nationale deutsche Wesen des Evangelischen Bundes erkannt und verstanden haben, heißt es nun: Die deutschen und preußischen Fahnen heraus!" Heute abend ist lokale Generalprobe in der Festhalle.

Oesterreich-Ungarn.

Pluralwahlrecht und Wahlpflicht.

Nach langen Kämpfen und breitspurigen Erörterungen über die Gerechtigkeit und Zweckmäßigkeit des Pluralitätswahlsystems in der Presse und in den gesetzgebenden Körperschaften ist nunmehr das Pluralwahlrecht im Wahlreformausschuß mit 26 gegen 20 Stimmen restlos abgelehnt worden. Zwei Stimmen fehlten. Der Antrag Dr. Tollinger, der das Pluralsystem verfocht, hat eine verhältnismäßig große Minorität erzielt. Die Frage wurde lange heiß umstritten. Die Christlichsozialen haben bekanntlich ein Gutachten des deutschen Sozialpolitikers Professors Dr. Hitze eingeholt, der sich für unbedingtes direktes, gleiches, allgemeines Wahlrecht aussprach. Die Anhänger des Pluralwahlrechtes erwarteten von seiner Annahme eine Stärkung der staatserhaltenden Kräfte, welche sie in der Berücksichtigung der Momente Alter, Intelligenz und Besitz erblickten. Im Wahlreformausschusse gestaltete sich die Entscheidung folgendermaßen: Die beiden ersten Absätze des Antrags Tollinger, die sich inhaltlich mit dem § 5 der Regierungsvorlage decken, wurden angenommen. Darnach lautet § 5: „Das Wahlrecht kann nur persönlich ausgeübt werden. Jeder Wahlberechtigte hat das Recht auf eine Stimme." Es folgt die Abstimmung über den Absatz 2, Lit. a des Antrages Tollinger, welcher lautet: „Das Recht auf eine weitere Stimme haben jene Wahlberechtigten a) welche das 35. Lebensjahr vollendet haben, verheiratet oder verwitwet, sowie Inhaber einer selbständigen Wohnung als Eigentümer, Nutznießer oder Mieter sind." Dieser Absatz wird in namentlicher Abstimmung mit 26 gegen 20 Stimmen abgelehnt. Lit. b und Lit. c des Antrages Tollinger werden mit allen gegen 19 Stimmen abgelehnt. Die Ablehnung verlief ziemlich glatt. Das Pluralitätssystem enthält in seinem Wesen eine Bevorzugung gewisser Kategorien von Staatsbürgern, die im Lichte der modernen Wahlrechtsentwicklung eine Rückständigkeit und Ungleichheit darstellt. Das allgemeine gleiche Wahlrecht wird auch in Oesterreich wie in Deutschland sich als ein gerechtes Wahlsystem einbürgern. Die Befürchtungen über Zunahme der Sozialdemokratie werden wohl zum geringen Teil in den Stadtgemeinden zutreffen, eine Gefahr bedeuten sie nicht. Es stehen jetzt noch die Fragen der Wahlpflicht und der Sicherung der Wahlkreisgeometrie zur Entscheidung. Zur Erledigung der Wahlpflichtsfrage wurde ein Subkomitee vom Wahlreformausschusse eingesetzt, das unmittelbar zusammentrat. Angenommen wurde der Antrag Hruby-Schlegel mit 6 gegen 2 Stimmen. Er lautet:

„Die Landesgesetzgebung kann bestimmen, daß die innerhalb des betreffenden Landes Wahlberechtigten verpflichtet seien, bei der Wahl des Mitgliedes des Abgeordnetenhauses das aktive Wahlrecht auszuüben. In diesem Falle ist die Erlassung näherer Vorschriften über die Wahlpflicht, insbesondere die Erlassung von Durchführungs- und Strafbestimmungen unter eventueller Einführung des Mandatsverfahrens, der Landesgesetzgebung vorbehalten."

Durch diesen Antrag ist die Einführung der Wahlpflicht den einzelnen Landtagen überlassen. Ein Stärkung des in Oesterreich so notwendigen Staatsgedankens ist dieser Ausweg nicht.

Frankreich.

Die Tatsache, daß der derzeitige französische Botschafter in Madrid, Jules Cambon dazu ausersehen ist, der Nachfolger des Herrn Bihourd in Berlin zu werden, wird nunmehr von offiziöser Seite in Paris zugegeben. Jules Cambon soll, der gleichen Quelle zufolge, in Madrid durch den derzeitigen Residenten in Tunis, Senator Stephen Pichon, ersetzt werden. Herr Pichon, ursprünglich Mediziner und dann Journalist, gelangte auf dem Umwege durch die Deputiertenkammer, wo er der radikalen Partei angehörte, in die Diplomatie und steht im 50. Lebensjahr.

Spanien.

Pläne der Liberalen.

Das Organ des spanischen Justizministers Romanones, „El Diario Universal", berichtet: Die Regierung beabsichtige das Uebereinkommen zu lösen, das vor zwei Jahren das konservative Kabinett Maura mit dem hl. Stuhle schloß, das jedoch vom spanischen Senate nicht angenommen worden war. Es soll jetzt Sagastas Plan der Reform des Konkordats hervorgeholt werden, den er 1903 in Angriff nahm, aber nicht mehr vollenden konnte. Dieser Plan umfaßt die Neueinteilung der Bistümer und Pfarren und die Regelung des geistlichen Genossenschaftswesens. Papst Leo XIII. — behauptet der „Diario" — habe sich dem Plane günstig gezeigt. Es wird ferner versucht, die Befürchtung zu zerstreuen, daß in Spanien eine Kirchenverfolgung nach dem Muster der französischen beabsichtigt werde. Ein solches Unternehmen, wird gesagt, paßt nicht für die Verhältnisse Spaniens.

Nach diesen Darlegungen zu schließen, hat Graf Romanones den Plan eines Ansturmes gegen die Kirche zum Zwecke der Stärkung und Einigung der liberalen Parteigruppen aufgegeben. Es fragt sich nun, was die verwandten extremen Fraktionen dazu sagen. Nach den letzten Nachrichten haben sie noch keineswegs alle Hetzversuche eingestellt.

Rußland.

Paris, 8. Okt. Graf Witte erklärte einem Mitarbeiter des „Matin", welcher ihn über die jüngsten von dem „Temps" veröffentlichten vertraulichen Berichte des russischen Finanzministers Kokowzew befragte, er könne natürlich nicht mit Bestimmtheit behaupten, daß dieser Bericht authentisch sei, aber er habe das sehr deutliche Empfinden, daß er den Stempel der Echtheit an sich trage. Der Bericht hat auf ihn den günstigsten Eindruck gemacht. Er hätte niemals geglaubt, daß die Lage vier Monate nach seiner Demission noch so gut sei, wie der Bericht sie darstelle. Das Schriftstück habe die finanzielle Situation Rußlands in etwas dunklen Farben geschildert, einzig und allein zu dem Zwecke, um die Begier der Minister zu mäßigen. Kokowzew hat die Gewohnheit, den Ministern gegenüber pessimistisch und dem Publikum gegenüber optimistisch zu sein. Ich begreife, sagte Witte, gar nicht, warum die Veröffentlichung dieses Berichtes in Frankreich eine solche Beunruhigung hervorrufen konnte.

Petersburg, 8. Okt. Gestern nacht entdeckte die Polizei in der Wohnung einer jungen Modistin, die in Wirklichkeit eine Zahnärztin der Frauenkurse ist, 5 Bomben, gegen 10 Pfund Dynamit und eine große Anzahl Revolver.

Im Kiewer Polytechnikum fand eine ergebnislose Haussuchung statt; der Rektor hat daraufhin telegraphisch seine Entlassung nachgesucht. In der „Frankf. Zeitung" wird ferner gemeldet, daß die Zahl der aus politischen Gründen nach Sibirien Verbannten gegenwärtig so groß sei, daß man täglich verkehrende Arrestantenzüge einstelle.

Asien.

London, 7. Okt. „Times" melden aus Peking, China habe die Aufforderung Japans, sich an der südmandschurischen Eisenbahn zu beteiligen, abgelehnt. — Aus Tokio wird den „Times" berichtet, das Kapital für die südmandschurische Bahn sei mehrfach überzeichnet.

Städtisches.

(Nachdruck der mit Originalzeichen versehenen Berichte nur mit deutlicher Quellenangabe „Westf. Merk." gestattet.)

Münster, 8. Oktober.

§ **Reichstagsabgeordneter Fusangel** hatte gegen den verantwortlichen Redakteur des „Westf. Merkur", Hauptredakteur Warnecke, Klage wegen Beleidigung erhoben, die heute vor dem Schöffengericht hierselbst zum Austrag kam. Der Klage zugrunde lag ein Artikel des „Westf. Merkur" vom 23. März d. Js. Aus demselben ließ Reichstagsabgeordneter Fusangel für die Klage nur folgenden Satz als beleidigend aufrecht halten: „Die „grundlosen wie ungeheuerlichen Beschuldigungen" beruhen eben zum großen Teil auf Prozessen, die nicht zum Austrag kommen können, weil Fusangel sich hinter seiner Immunität als Reichstagsabgeordneter förmlich versteckt." Kläger, welcher selbst erschienen war, suchte geltend zu machen, daß er als Reichstagsabgeordneter sich nicht seiner Immunität begeben könnte. Dies sei nach Artikel 31 der Reichsverfassung unzulässig. Selbst, als er um Erteilung dieses Rechts nachsuchte, sei es ihm seitens des Reichstags nicht zugestanden worden. Er erblicke in dem Vorwurf des „Westf. Merkur" eine Herabsetzung seiner Person als Abgeordneter. Der Beklagte, welcher durch Rechtsanwalt Plaßmann vertreten wurde, wies an der Hand von Gerichtsakten nach, daß Fusangel mehrfach in Prozessen die Immunität für sich in Anspruch genommen habe. Er erklärte sich bereit, durch mehrere anwesende Zeugen den Beweis der Wahrheit für seine Behauptung anzutreten. Hiergegen protestierte Fusangel mit Erfolg, denn das Gericht beschloß, nur die für den oben angeführten Satz in Betracht kommenden Zeugen zu vernehmen. Der Vertreter des Beklagten hielt die aufgestellte Behauptung voll und ganz aufrecht und betonte, daß sein Mandant nur die berechtigten Interessen der Zentrumspartei u. der Presse vertreten habe. Die Absicht der Beleidigung habe dem „Westf. Merkur" vollständig fern gelegen. Vielmehr mußte er als führendes Zentrumsorgan in der Provinz auf Klarstellung der gegen den Privatkläger schwebenden Prozesse dringen. Das war sein gutes Recht. Nach zirka ½stündiger Beratung verkündete das Gericht den Freispruch des Beklagten. Das Gericht nahm als erwiesen an, daß der Artikel objektiv beleidigend sei, doch habe dem Privatbeklagten die Absicht und das Bewußtsein der Beleidigung gefehlt. Außerdem gehe aus der Fassung des Artikels hervor, daß eine Beleidigung nicht vorliege. Dem Privatbeklagten stehe ferner der Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zur Seite. Als das bedeutendste Zentrumsblatt der Provinz Westfalen durfte der Privatbeklagte als Redakteur des Blattes im Interesse der Partei und seines Standes an Fusangel die Aufforderung richten, diesen gegen ihn erhobenen Anklagen und somit den unangenehmen Auseinandersetzungen in der Presse ein Ende zu machen.

□ **Delegiertenversammlung der katholischen Lehrervereine Westfalens.** Am Samstag nachmittag fand im Lokale des Herrn Bischoff, Hammerstraße, die 16. ordentliche Delegiertenversammlung des westfälischen Provinzialvereins des katholischen Lehrerverbandes statt. Obgleich die 3. Delegiertenversammlung innerhalb ¾ Jahren war, dieselbe doch gut besucht. Es waren vertreten 82 Ortsvereine durch 132 Delegierte. 18 Ortsvereine hatten keine Vertreter entsandt. Der Vorsitzende des Verbandes, Herr Rektoratschullehrer Hollermann-Werl eröffnete um 4 Uhr die Versammlung und erstattete Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes seit der letzten Versammlung. Im Namen des Ortsvereins Münster begrüßte Herr Lehrer Stockmann die Erschienenen und gab der Hoffnung Ausdruck, die Versammlung möge im Geiste des Friedens, der Liebe und der Hochachtung tagen. Zugleich lud er die Mitglieder ein, sich zahlreich an dem jetzt beginnenden Fortbildungsunterricht an der Universität Münster zu beteiligen. Die Vorlesungen umfassen drei Gebiete: Geschichte, Literatur, Pädagogik. Den Teilnehmern ist auch Gelegenheit geboten, sich in der neuen Zeichenmethode auszubilden. Es lagen 29 Anträge zur Beratung vor. Für alle Anträge wurde die Dringlichkeit beantragt und auch beschlossen. Mit Rücksicht auf die große Zahl der Anträge wurde von dem Berichten der Obmänner der einzelnen Kommissionen Abstand genommen. Diese Berichte sollen in der Fachpresse veröffentlicht werden. Nur der Obmann der Kommission zur Wahrung der Interessen der Lehrer an kombinierten Stellen, Herr Lehrer Hoitschen-Hellinghausen, und der Obmann der Kommission für Standesinteressen, Herr Rektor Horsch-Hucarde, machten kurze Ausführungen. Herr Hoitschen legte seinem Referate folgende Gesichtspunkte zugrunde: Im allgemeinen sind Entschädigungen für die mit dem Lehreramte verbundenen Kirchendienste als zu gering zu bezeichnen. Eine Anrechnung von kirchlichen Einkünften auf das Lehrergehalt ist ungerechtfertigt. Die Besorgung der niederen Küsterdienste sind als für das Amt und die Stellung des Lehrers unwürdig zu bezeichnen. Da die pflichtgemäße Verbindung des Kirchendienstes mit dem Lehreramte in seinem ganzen Umfange der Tätigkeit des Lehrers im Hauptamte eher hinderlich als förderlich ist, so ist die Lösung der Kombination beider Aemter zu erstreben. Nunmehr trat man ein in die Beratung der Anträge zur Geschäftsordnung. Ein Antrag des Ortsvereins Gelsenkirchen, die Nichtdelegierten von der Vertreterversammlung auszuschließen, wurde mit „großer Mehrheit abgelehnt. Um die Verhandlungen nicht zu weit auszudehnen und den entfernteren Delegierten Gelegenheit zu geben, noch an demselben Tage zurückzureisen, hatte der Verein Altena beantragt, die Versammlung möge auch den Schluß der Verhandlungen festsetzen. Es wurde auch beschlossen, bis 8 Uhr zu tagen. Zur Entlastung des Vorstandes in der Geschäftsführung soll in der nächsten Delegiertenversammlung noch ein dritter Schriftführer gewählt werden. Mehrere Anträge betreffend Gewährung von Tagegeldern für Reisen im Interesse des Vereins wurden zurückgezogen, dagegen der Antrag des Ortsvereins Münster, den Delegierten die Fahrkosten aus der Kasse des Provinzialvereins zu erstatten, angenommen. Bei den Anträgen, betreffend „Pädagogische Woche", erstattete zunächst Herr Lehrer Greff-Gelsenkirchen Bericht über die Sitzungen der Preßkommission. Nachdem verschiedentliche Vorschläge gemacht waren, kam die Versammlung zu dem Beschlusse: Nach Lage der Sache ist die gegenwärtige Anstellung eines eigenen Redakteurs undurchführbar. Doch soll die Preßkommission die Angelegenheit nochmals eingehend beraten und wenn angängig, der nächsten Delegiertenversammlung Material unterbreiten, wie die erforderliche, gesunde Grundlage geschaffen werden kann. Die Preßkommission soll künftig aus 7 Mitgliedern bestehen, wovon 3 Mitglieder des Vorstandes sind. Die 4 übrigen werden von der Delegiertenversammlung gewählt. Die Kommission bestimmt einen Geschäftsführer, an den alle Eingänge zu richten sind. Nunmehr wurden die Anträge bezüglich der Besoldungsfrage zur Beratung gestellt. Der Obmann der Kommission für Standesinteressen, Herr Rektor Horsch-Hucarde erstattete hierüber zunächst Bericht. Inzwischen war es 8 Uhr geworden. Der Vorstand beantragte, noch eine Stunde länger zu tagen. Die Versammlung stimmte dem aber nicht zu. Somit mußten die Verhandlungen abgebrochen werden und die noch vorhandenen Anträge, sowie die Neu- und Ergänzungswahlen des Vorstandes und der Obmänner wurden auf die Tagesordnung der nächsten Delegiertenversammlung gesetzt.

□ **Das 50jährige Jubelfest des Männergesangvereins „Arion"** nahm bis jetzt einen glänzenden Verlauf. Der Verein hat in der Zeit seines 50jährigen Bestehens manche Wandlungen durchgemacht, sich aber stets eifrig der Pflege des deutschen Männergesanges, namentlich des Volksliedes, gewidmet. Für die letztere Art des Gesanges hat er in früheren Jahren hier in Münster geradezu bahnbrechend gewirkt. Bei Gelegenheit eines Sängerfestes in Bielefeld in den 60er Jahren war der bekannte Liederkomponist Franz Abt von den Leistungen des „Arion" so ergriffen, daß er einem Sänger, dem verstorbenen Tenoristen Anton Frohning, sein Bild mit eigener Widmung überreichte und der damals kleinen Sängerschar seine volle Anerkennung aussprach. Von den Gründern des Vereins weilt nur noch einer, Herr Stadtverordneter Ebert, unter den Lebenden. Im Laufe der Jahre hat sich der Verein stets bereitwillig in den Dienst der guten Sache gestellt, wenn es galt, patriotischen, caritativen und sonstigen edlen Zwecken zu dienen. Nun zum Feste selbst. Zur Feier waren 20 hiesige Gesangvereine und der M.-G.-V. Dülmen geladen und auch erschienen. Am Sonntag Nachmittag 5 Uhr begann in den Räumen des Zentralhofes der große Sängerkommers, zu dem sich ein so zahlreiches Publikum einfand, daß sich die Lokalitäten fast als zu klein erwiesen. Verschiedene Behörden hatten ihre Vertreter gesandt, ebenso waren mehrere Herren vom Stadtverordnetenkollegium als Ehrengäste erschienen. Von Herrn Oberbürgermeister Dr. Jungeblodt, der verreist ist, war ein Glückwunschtelegramm eingetroffen. Nach einem Musikstück der Dreischner-Kapelle begrüßte der langjährige verdienstvolle Vorsitzende des Vereins, Herr Kanzleirat Kaempers die Sänger, Gäste und Ehrengäste in herzlichen Worten. Die Rede klang aus in ein Hoch auf den ersten Förderer des Männergesanges, den Kaiser. Nach dem allgemeinen Gesang der Nationalhymne heftete der Redner einen von einem Gönner des Vereins gespendeten goldenen Kranz an die Vereinsstandarte; ein von den Damen des Vereins gestifteter silberner Kranz und eine goldene Medaille schmücken bereits das Banner. Ein von dem Ehrenmitgliede Herrn Siebenkotten gedichteter humorvoller Prolog wurde durch Herrn Wiesmann wirkungsvoll vorgetragen. Nunmehr eröffnete der festgebende Verein die Reihe der Gesangvorträge mit der tadellosen Wiedergabe der Nachreihen[?] „Hymne an die Musik" in mächtiger Weise. Er zeigte damit, daß er vorzügliche Kräfte besitzt und unter Leitung des Dirigenten Herrn Hofmeister Gediegenes zu leisten imstande ist. Eine weitere Kritik der Darbietungen der einzelnen Vereine, die sämtlich ihr Bestes darboten, würde zu weit führen. Wer den „Heimatler[?]", des „Sängerbundes", den „Piloten", der „Sängerlust" und den „Rudolf von Werdenberg" der „Constantia" sowie die übrigen hervorragenden Leistungen unserer Sänger gehört hat, muß sagen: solche Vereine dürfen es ruhig wagen, mit rheinischen und bergischen Vereinen in die Arena zu treten. Wenn Sänger und Dirigent sich so verstehen und so zusammenwirken, kann der Erfolg nicht ausbleiben. Etwas möchten wir noch erwähnen, nämlich die Tatsache, daß manche kleine Vereine, die bei unserem Vereins-Partikularismus nun einmal bestehen, sich an zu große Aufgaben heranwagen, trotzdem unsere Männerchorliteratur eine ganze Unmenge von leichten ansprechenden Liedern zu verzeichnen hat. Doch dies alles nur nebenbei. — Im großen und ganzen war das Publikum von den Leistungen befriedigt, was sich in den spontanen Beifallsbezeugungen kundtat. Bemerkt sei noch, daß im Laufe des Abends das Ehrenmitglied des Vereins, Herr Fabrikbesitzer Winkhaus, dem Verein zur Erinnerung an sein Jubelfest einen silbernen Pokal dedizierte. — Heute abend findet das Jubiläum mit einem Festball und Theateraufführungen im Zentralhof seinen Abschluß. Auch wir wünschen dem Jubelverein ein eifriges Fortschreiten auf der betretenen Bahn, sowie ein weiteres Blühen und Gedeihen.

Provinzielle Nachrichten.

* **Hamm**, 6. Okt. Das Tagesgespräch bildet in unserer Stadt eine Differenz zwischen dem Bürger-Schützenverein Hamm und seinem Restaurateur. Zur Zeit hält nämlich der Musikverein in den Lokalitäten des Schützenhofes einen auf vier Tage berechneten Bazar ab. Während desselben darf der Musikverein, dem der große und kleine Saal überlassen sind, auf eigene Rechnung Speisen und Getränke verkaufen. Aus diesem Grunde und weil, wie der Restaurateur behauptet, ihm von der ganzen Angelegenheit nicht Kenntnis gegeben sei, hat Herr Restaurateur Brüggemann gestern am Abend der Eröffnung des Bazars seine Sachen gepackt und ist abgereist. B. glaubte, seine rückständige Miete von 3000 Mark gegen seine Kaution von 3000 Mark aufrechnen zu können. Der Vorstand des Bürgerschützenvereins hat indes sofort bei Gericht Beschlag auf das bewegliche Eigentum des B. beantragt, dem auch stattgegeben wurde. Der zur Abfahrt bereitstehende Möbelwagen mußte gestern in später Stunde wieder ausgeladen und der Inhalt in den Schützenhof transportiert werden, wo er unter Verschluß kam. Nun steht der Bürgerschützenhof, das größte und vornehmste Vergnügungslokal Hamms, ohne Restaurateur da, zur Zeit des Bazars umso unangenehmer. Brüggemann, der schon gestern abgereist war, soll in Hörde ein Restaurant gepachtet haben.

○ **Ibbenbüren**, 7. Okt. An der Gasvergiftung, die sich der Handlungsgehilfe Offenbach in der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag voriger Woche zuzog, ist derselbe am Samstag abend im hiesigen Krankenhaus gestorben, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben. Der Verstorbene stammte aus Gescher bei Coesfeld und war etwa 25 Jahre alt. — Ein Einbruchsdiebstahl wurde in der vergangenen Nacht bei dem Steinhauer Morge in der Bauerschaft Püsselbüren ausgeführt. Der Dieb scheint mit der Oertlichkeit vollständig vertraut gewesen zu sein. Er holte den Schlüssel zu einem Schrank aus seinem Versteck und entwendete eine Taschenuhr mit Kette, einen Geldbetrag und sonstige Gegenstände. Der Diebstahl wurde erst heute morgen von den Betroffenen entdeckt. Der Täter ist unbekannt. — Der hiesige katholische Arbeiterverein „St. Joseph" hielt heute eine öffentliche Versammlung ab, in der Arbeitersekretär Holle aus Münster über die diesjährige Generalversammlung der Katholiken Deutschlands in Essen sprach. Im zweiten Teil seiner Rede referierte der Vortragende über die geistige Ausbildung der Arbeiter. Wie Redner mitteilte, sollen hierselbst zu diesem Zwecke Unterrichtskurse veranstaltet werden. Daß dieses Vorhaben bei der Arbeiterschaft lebhaften Anklang findet, zeigen die zahlreichen Anmeldungen, welche jetzt schon vorliegen. Der Arbeiterverein zählt 230 Mitglieder.

* **Schwerte**, 6. Okt. Die vor kurzem vermessene Eisenbahnlinie Schwerte-Iserlohn durch das Baartal soll demnächst in Angriff genommen werden und ist die Fertigstellung für das Jahr 1908 vorgesehen. Die Linie, für die auch unsere Stadt 30 000 Mk. zu den Grunderwerbskosten beigesteuert hat, führt über das Ruhrtal nach Ergste, von dort aus durch Villigst über Rheinen, Hennen, Kalthof und Iserlohnerheide nach Iserlohn. Die 19 Kilometer lange Bahnlinie erhält Bahnhöfe in Ergste, Hennen und Kalthof. Die Baukosten dieser Linie betragen bekanntlich 4 619 000 Mk. Zu den fast 600 000 Mk. betragenden Grunderwerbskosten zahlt die Stadt Iserlohn 340 000 Mk. und der Kreis Iserlohn 100 000 Mk.

ℱ **Lüdenscheid**, 6. Okt. In der gestrigen Sitzung der Lüdenscheider Handelskammer wurden verschiedene Eisenbahnangelegenheiten verhandelt. Die Regelung des Grunderwerbs für die Strecken Oberbrügge-Wipperfürth und Oberbrügge-Radevormwald ist auf Schwierigkeiten gestoßen. Die Kammer hält es für angezeigt, daß die interessierten Kreise die auf sie entfallenden Beträge der Eisenbahnverwaltung zur Verfügung stellen und von einem Grunderwerb auf dem Wege der Verhandlung mit den Eigentümern Abstand nehmen. Behufs weiterer Förderung des Eisenbahnprojekts Lenne-Volme wird sich die Handelskammer mit der hiesigen Stadtvertretung und den Landtagsabgeordneten des Wahlkreises in Verbindung setzen.

* **Gelsenkirchen**, 7. Okt. Eine für Arbeitgeber und Arbeitnehmer bemerkenswerte Entscheidung hat das hiesige Gewerbegericht gefällt. Es handelte sich um die Frage, ob ein Arbeiter unter Berufung auf seine angegriffene Gesundheit einen Erholungsurlaub beanspruchen kann. Ein in einer Möbelfabrik beschäftigter Arbeiter war bei einem Meister aus dem angegebenen Grunde um Urlaub eingekommen, der ihm aber abgeschlagen wurde, obwohl er durch ein ärztliches Attest dartat, daß er des Urlaubs dringend bedürftig war. Der Arbeiter trat den Urlaub daraufhin ohne die Genehmigung des Meisters an und wurde infolgedessen entlassen. Das Gewerbegericht stellte sich auf die Seite des Arbeiters und verurteilte die Möbelfabrik zur Zahlung des Lohnes für die nicht innegehaltene Kündigungsfrist von vierzehn Tagen.

* **Essen**, 7. Okt. Ueber den Grunderwerb am Rhein-Herne-Kanal weiß die „Rhein.-Westf. Ztg." zu berichten, daß, nachdem alsbald nach Annahme der Kanalvorlage die Grundstücksspekulation in der Gegend des Rhein-Herne-Kanals erheblich eingesetzt und dadurch ein unverhältnismäßiges Steigen der Bodenpreise bewirkt hatte, ist neuerdings, nachdem die Kanalbaudirektion in Essen in Tätigkeit getreten ist und umfangreiche Grundankäufe getätigt hat, ein Zurückgehen der Preise festzustellen. Während bei den zu Anfang d. J. von der Gemeinde Meiderich geschlossenen Kaufverträgen über Grundstücke in der Gegend der Einmündung des Kanals in die Ruhr Preise bis zu 8000 Mk. für den Morgen gezahlt worden sind, hat die Kanalverwaltung dort kürzlich Grundstücke zum Preise von 4000 Mk. angekauft, und ferner bei Osterfeld den in der Gemeinde Dellwig belegenen, etwa 160 Morgen großen, schönen Scheppmannshof nach langen Verhandlungen für 3600 Mk. den Morgen, einschließlich der Gebäude erworben. Das benachbarte Haus Hort und die anschließenden Freiherrl. von Fürstenbergische Vorbecker Mark, im ganzen 850 Morgen groß, ist schon vorher durch die Kanalbaudirektion zum Preise von 2100 Mk. für den Morgen erstanden. In der Nähe der Essen-Horster Straße hat sie Grundstücke für 3800 Mk. für den Morgen, weiter östlich bei Gelsenkirchen in den Gemarkungen Hessler und Bismarck für 3000 bezw. 2800 Mk., bei Herne zu beiden Seiten der Strünkeder Straße (Herne-Recklinghauser Chaussee) für 3800 Mk., weiter ab von der Straße für 2500 Mk., und den Gerkmann'schen Hof in der Nähe der Abzweigung vom Dortmund-Ems-Kanal für 3000 Mk. pro Morgen einschließlich Gebäuden und Holz angekauft. Mit größeren Korporationen, wie Kommunen, Zechen, Hüttenwerken, ist meist vereinbart, daß diese das zum Kanal erforderliche Gelände zum Selbstkostenpreis abgeben. Es wäre zu wünschen, daß die Grunderwerbsverhandlungen für den Kanal in der bisherigen glatten Weise sich weiter abwickelten. — Der Präsident der Eisenbahndirektion Essen ordnete mit Rücksicht auf den hohen Verkehr, und den herrschenden Wagenmangel die sofortige Aufhebung der Sonntagsruhe im Eisenbahndirektionsbezirk Essen an. — Die Verwaltung der Stadt Essen hat beschlossen, zu der am 15. d. M. stattfindenden Hochzeit des Frl. Berta Krupp mit dem Legationsrat v. Bohlen und Halbach einen silbernen Tafelaufsatz im Werte von 15 000 Mk. als Hochzeitsgeschenk zu machen.

* **Duisburg**, 7. Okt. Stadtbaurat und Beigeordneter Quedenfeld ist gestorben. Er war 25 Jahre im Dienste der Stadt tätig und bekleidete lange Jahre hervorragende Posten in der königl. Eisenbahnverwaltung.

* **Elberfeld**, 7. Okt. Der Bandwirker Ewald Reck hat in einem Gebüsch sein 5jähriges Söhnchen erhängt und sich einen Schnitt am Handgelenk beigebracht. Dann stellte er sich der Polizei.

* **Barmen**, 6. Okt. Zum Direktor des Gymnasiums ist Professor Dapprich, bisher Oberlehrer an der Anstalt, gewählt worden.

* **Düsseldorf**, 7. Okt. In Ratingen ist bei einer Petroleumexplosion ein bejahrter Invalide von den Flammen ergriffen worden und hat so schwere Brandwunden erlitten, daß er starb.

* **Neuß**, 7. Okt. Der 13½jährige Sohn eines auf der Düsselsdorfer Straße wohnenden Weichenstellers fiel beim Traubenpflücken aus dem Fenster. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß der Tod bald darauf eintrat.

* **Köln**, 8. Okt. Gestern nachmittag fiel ein 13jähriger Junge in der Floraftraße in Riehl bei dem Versuche, eine auf einem Fenstergesims sitzende Taube zu fangen, aus der Höhe des ersten Stockwerkes in den Hof. Er erlitt einen Schädelbruch und war sofort tot. — Der Schutzmann Weiß, der vor mehreren Wochen nachts im Handgemenge in Bickendorf den Fuhrmann Werzbgen erschossen hatte, ist nunmehr, nachdem eine größere Zahl von Zeugen vernommen worden sind und auch eine Ortsbesichtigung stattgefunden hat, aus der Haft entlassen und das Verfahren gegen ihn ist eingestellt worden.

* **Bingen**, 6. Okt. Auf der Talfahrt ist heute morgen zwischen dem Dampfer „Fidelitas" und seinen vier Anhängeschiffen der Schleppstrang gerissen. Der Unfall passierte im neuen Fahrwasser. Die sämtlichen Schleppkähne liegen kreuz und quer im neuen Fahrwasser fest. Keiner der Kähne hat Leckage erlitten, doch dürfte das Abschleppen mit großer Mühe bei dem niedrigen Wasserstande verknüpft sein. Ein Glück ist, daß das Fahrwasser im Bingerloch gestern frei geworden ist, sonst wäre jetzt überhaupt keine Durchfahrt möglich.

* **Alfeld** b. Hildesheim, 7. Okt. Zwischen den städtischen Kollegien und dem Bürgermeister Dr. Hottenrott ist heute ein Vertrag abgeschlossen, wonach Dr. Hottenrott innerhalb 14 Tagen sein Amt freiwillig niederlegt, wofür er eine Abfindungssumme von 15 000 Mark empfängt und auf Pension und Reliktenversorgung verzichtet, nachdem ein Abschiedsgesuch vom Regierungspräsidenten in Hildesheim genehmigt sein wird. Bürgermeister Hottenrott war seit dem Juli 1902 hier im Amte, er hatte öfter Mißhelligkeiten mit den Stadtverordneten.

* **Hannover**, 7. Okt. Zu den bereits vorhandenen zwei Kanalbauämtern in Osnabrück und Lübbecke sind nunmehr zwei weitere Kanalbaubehörden errichtet worden, und zwar das Königl. Kanalbauamt Hannover in Linden, Wittekindstraße 1, unter Leitung des Baurats Sandmann, und das Königliche Kanalbauamt zu Minden, Großer Domhof 1, unter Leitung des Baurats Fiehle.

Landwirtschaftliches.

Die XXI. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft in Düsseldorf 6.–11. Juni 1907. Bekanntlich hält die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft ihre 21. Wanderausstellung in den Tagen vom 6.–11. Juni 1907 in Düsseldorf ab. Die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft hat den Grundsatz, womöglich mit den Teilen der Gaue und den Ausstellungsstädten zu wechseln, und so war für diesmal infolge der Einladung von Westfalen zunächst beabsichtigt, die Ausstellung in diesem Teile des Gaues stattfinden zu lassen. Bei näherer Prüfung stellte sich aber heraus, daß zur Zeit keine westfälische Stadt in der Lage sei, die Ausstellung aufzunehmen, und daß man daher der schon früher von der Stadt Düsseldorf erfolgten Einladung Folge leisten müsse. Inzwischen waren auch noch die Verhältnisse in Köln einer Prüfung unterzogen worden, und es wurde auch dort ein guter Ausstellungsplatz angeboten, schließlich aber war man der Ansicht, daß die Ausstellung mindestens ebensogut in Düsseldorf aufgehoben sei, welches den landwirtschaftlich hervorragenden Teilen von Rheinland und Westfalen näher gelegen ist als die Stadt Köln. Die rheinische Landwirtschaftskammer und die landwirtschaftlichen Kreise der Provinz haben sich bereits lebhaft mit der Ausstellung befaßt, sie werden alles tun, um die Durchführung zu sichern, und der Provinz die Vorteile zu verschaffen, welche eine Ausstellung bieten kann. Denn den Nutzen von den Wanderausstellungen haben in erster Stelle die Gaueingesessenen, und insbesondere diejenigen, welche die Ausstellung erreichen können. Dies gilt sowohl von den Ausstellern, als auch von den Besuchern. Es ist daher zu raten, daß diejenigen Züchter und Landwirte, welche eine sachgemäße Zucht und Wirtschaft betreiben und sich von einem Wettbewerb Vorteile versprechen, sich als Aussteller beteiligen. Im übrigen aber ist es die Pflicht jedes Landwirts des Gaues, die Ausstellung zu besuchen. Nach dieser Richtung hin war die Kölner Ausstellung nur von sehr geringem Erfolge begleitet. Der Besuch war in Anbetracht der Nähe großer landwirtschaftlicher Gebiete in Rheinland Westfalen ganz außerordentlich gering. Es waren nur 36 000 Besucher, während sonst die Besuchsziffer durchschnittlich 132 966 Eintritte verzeichnete, also war die Ausstellung in Köln mit beinahe 60 Prozent unter dem Durchschnitt besucht. Der Lage in Köln kommt am nächsten die Lage von Hannover. Hier waren auf der Ausstellung von 1904 227 192 Besucher, also auch hiernach war der Besuch in Köln im Jahre 1895 sehr gering.

Vermischtes.

Görlitz, 7. Okt. Der schon sechsmal wegen Majestätsbeleidigung bestrafte 47 Jahre alte Arbeiter Putschkei ist von der Strafkammer wieder wegen einer Majestätsbeleidigung zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Halle a. d. S., 7. Okt. In Freirode errichteten Schulknaben ein Denkmal am Kirchplatz. Der Stein schlug um und zermalmte den sechsjährigen Sohn des Gutsbesitzers Frauendorf und verletzte zwei andere Knaben schwer.

Mannheim, 8. Okt. (Tel.) Der Gau Mittelrhein des Buchdruckerverbandes lehnte gestern in einer stark besuchten Versammlung den neuen Buchdruckertarif und den Organisationsvertrag ab.

Wien, 8. Okt. (Tel.) Eine Lokalkorrespondenz meldet, daß gestern nachmittag infolge der durch den Regen verursachten Schlüpfrigkeit der Schienen an fast gleicher Stelle 3 Zusammenstöße zwischen Zügen der elektrischen Straßenbahn erfolgten, wobei 17 Personen leicht verletzt wurden.

Paris, 8. Okt. Gestern starb hier im Alter von 83 Jahren der frühere Professor der Geschichte an der hiesigen philosophischen Fakultät, Dr. August Himly. Der Verstorbene, welcher auch Mitglied des Instituts war, war gebürtiger Straßburger.

Paris, 8. Okt. In Nevin, Departement Ardenne, sind 300 Arbeiter der Fabrik Morel in den Ausstand getreten, weil zwei dem Syndikat nicht angehörige Arbeiter angestellt worden waren.

Paris, 8. Okt. In Nancy ist ein Streik heute morgen ausgebrochen. Von 250 Bäckergesellen streiken etwa 100. Die Ausständigen verhalten sich ruhig. Die Bäcker haben Vorkehrungen getroffen, um die Bevölkerung in der gewohnten Weise versorgen zu können.

g. c. **Krammetsvogelfang**. Nun ist auch wieder auf seinem Durchzug aus dem hohen Norden der Krammetsvogel in unseren Wäldern erschienen. Die Jäger, die den Krammetsvögeln mit Schlingen, den sogenannten Dohnen, nachstellen, wissen ganz genau, ob dieser Vogel im Revier ist oder nicht, denn die nordischen Gäste erfüllen den Wald, der ihnen für einige Zeit Obdach und Nahrung gewähren soll, mit lauten Rufen. Da hört man das heisere „Zipp zipp" der Singdrossel, das scharfe „Tschak tschak" der Wacholderdrossel und das „Zieh-pack" der Rot- oder Weindrossel. Früh am Morgen, wenn die kleinen Vögel nach durchflogener Nacht dicht geschart auf einem Baum rasten, klingt ihr Gesang wie eine Aeußerung der Freude. Am Tage dient er dazu, die Mitglieder der Reisegesellschaft beieinander zu halten. Es ist viel darüber gestritten worden, ob der Fang der Krammetsvögel im Dohnenstrich zu verbieten ist oder nicht. Die Jäger verteidigen ihr von alters her überkommenes Recht zum Drosselfang mit großer Energie. Sie weisen darauf hin, daß die heimischen Vögel schon längst weggezogen sind, wenn sie mit dem Fang beginnen, und meinen, daß man ihnen die kleine Einnahme schon gönnen könne, da sie so viel für die Vertilgung des Raubzeugs täten. Ihnen stimmen alle Feinschmecker zu, die den kleinen, aber würzigen Braten nicht missen möchten. Die Vogelfreunde aber weisen, und nicht mit Unrecht, darauf hin, daß wir genau so handeln wie die Barbaren in den Mittelmeerländern, die unsere gefiederten Lieblinge massenhaft hinmorden, um sie zu verspeisen. Ganz so schlimm ist es, meint der bekannte Jagdschriftsteller Fritz Skowronnek, mit dem Krammetsvogelfang nun nicht, aber immerhin sind es viele Tausende Vögel, die im Herbst auf den Märkten der Großstädte verkauft

werden. Und alljährlich geht die Zahl der gefangenen Vögel zurück, ein Beweis dafür, daß der Nachwuchs geringer ist als die Zahl der verspeisten Vögel. Es wäre daher wohl angebracht, den Fang der Krammetsvögel zu verbieten. Die Jäger haben bereits auf Vogelherd und Dohnensteig verzichtet, sie könnten im Interesse der Singvögel und ihrer Erhaltung auch dies kleine Opfer bringen.

Ein feuerfester Baum. Ein unverbrennlicher (Baum) ... ist bis zu einem gewissen Grade feuerfester Baum findet sich in Kolumbien, vielleicht sogar in dem ganzen Nordwesten von Südamerika. Der Chaparro, wie die Eingeborenen ihn nennen, kommt eigentlich nur in Gegenden vor, die zeitweise durch Steppenbrände verheert werden. In Landstrichen, wo Steppenbrände fehlen, scheint es sogar schlechter zu gedeihen. Diese Beobachtung ist ein lehrreiches Beispiel dafür, bis zu welchem Grade sich Pflanzen den Verhältnissen ihrer Umgebung anzupassen vermögen. [illegible]

Kirchliche Nachrichten.

Münster, 8. Okt. Ernannt wurden: Vikar Franz Knöll in Telgte zum Pfarrer von Hiltrup; Kaplan Wilhelm Hamerle in Greven zum Pfarrer in Bösensell.

Rom, 6. Okt. Der hochw. Bischof Hubertus von Osnabrück wurde, wie bereits kurz berichtet, heute mittag 1 Uhr vom hl. Vater in Privataudienz empfangen [illegible]

Neueste Nachrichten.

Cadinen, 8. Okt. Das Kaiserpaar und Prinzessin Viktoria Luise nahmen gestern mit Gefolge am Gottesdienst in Cadinen teil. [illegible]

Berlin, 7. Okt. Der Reise des Staatssekretärs v. Tschirschky nach Rom [illegible]

Paris, 8. Okt. [illegible]

Literarisches.

[illegible]

Handels-Nachrichten.

Essener Credit-Anstalt, Essen. Bekanntlich ist die Akt.-Ges. Westfälischer Bankverein in Münster ohne Liquidation seitens der Essener Creditanstalt mit ihrem Vermögen als Ganzes auf die Essener Creditanstalt übertragen worden. [illegible]

Kohlen-, Koks- und Brikettversand. Im September wurden von den Zechen, Kokereien und Brikettwerken des Ruhrbezirks 561 448 Wagen (i. V. 518 774), im Saarrevier 67 963 (68 211), in Oberschlesien 181 096 (159 995) Wagen verladen. [illegible]

Westfälische Stahlwerke, A.-G. in Bochum. [illegible]

Von der Holzindustrie. [illegible]

Akt.-Ges. Neusser Hütte in Neuss. [illegible]

Vom Kali-Syndikat. [illegible]

Kaligewerkschaft Deutschland, Hannover. [illegible]

Das Hochofenwerk Lübeck [illegible]

Vereinigte Thüringer Metallwarenfabriken Akt.-Ges. in Mehlis (Thür.). [illegible]

Ludwig Hupfeld, Akt.-Ges., Leipzig. [illegible]

Leipziger Elektrizitätswerke in Liqu., Leipzig. [illegible]

Deutsch-Amerikanische Werkzeugmaschinenfabrik vormals Krebs in Halle a. S. [illegible]

Akt.-Ges. für Gasglühlicht in Berlin. [illegible]

Commerz- und Landbank in Breslau. [illegible]

Eisenwerke Gaggenau, Akt.-Ges. in Gaggenau. [illegible]

Zur Lage der englischen Zementindustrie. [illegible]

Amtlich festgestellte Marktpreise der Stadt Münster vom 1. Oktbr. bis 7. Oktbr. 1906. [illegible]

Getreide.

[illegible]

Zucker.

[illegible]

Baumwolle.

[illegible]

Kaffee.

[illegible]

Oele und Spiritus.

[illegible]

Metalle.

[illegible]

Amerikanische Warenkurse.

(Eigener Drahtbericht des „Westf. Merkur".)

[illegible]

Berliner Börse.

Eigener Drahtbericht des „Westfälischen Merkur".

Schlusskurse.

[illegible]

Nachbörse.

[illegible]

Tendenz: still. Reichsbank-Diskont: 5%

Tendenz-Bericht.

Berlin, 8. Oktober. Die neue Woche eröffnete bei ausgesprochener Zurückhaltung bei zumeist schwächeren Kursen angesichts der zu erwartenden Erhöhung des Diskonts der Reichsbank um ein volles Prozent. [illegible]

Kinderfreund [illegible]



Ein Beweis, dass die in meinem Geschäft gereinigten und gefärbten Gegenstände im Allgemeinen die Zufriedenheit meiner Auftraggeber gefunden haben, geht wohl aus dem Umstande hervor, dass sich die Zahl meiner Kunden so vergrössert hat, dass ich gezwungen war, jetzt wieder einen grösseren Neubau aufzuführen, um auch fernerhin sorgfältig und schnell arbeiten zu können. Ansicht nebenstehend. Fläche der Arbeitsräume ca. 23 500 Quadr.-Fuss, das Quantum des zur Reinigung in Benutzung genommenen Benzins beträgt über 800 000 Liter p. Jahr. Zahl der Angestellten ca. 130.

Fr. Hagedorn, Färberei u. Waschanstalt I. Ranges,

Plissébrennerei und Decatieranstalt, Gardinenwäscherei nach Plauener Art. Gegr. 1866. — 32 Filialen; davon in **Münster: Neubrückenstrasse 68.**

Jetzt ist der Zeitpunkt die Herbst- und Winterkleidung reinigen zu lassen.

Essener Credit-Anstalt, Essen, Westfälischer Bankverein, Münster.

Zufolge Vertrages vom 13. Juni 1906 mit dem Westfälischen Bankverein in Münster, Generalversammlungs-Beschlusses des Westfälischen Bankvereins vom 5. Juli 1906 und Generalversammlungsbeschlusses der Essener Credit-Anstalt vom 11. Juli 1906 ist die Aktiengesellschaft

Westfälischer Bankverein in Münster i. W.

ohne Liquidation aufgelöst und ihr Vermögen als Ganzes auf die Essener Credit-Anstalt übertragen worden.

Die Essener Credit-Anstalt hat dagegen den Aktionären des Westfälischen Bankvereins für je **nom. M. 4000.—** vollgezahlter Aktien mit Dividendenberechtigung vom 1. Januar 1906 ab, **nom. M. 3600.—** Aktien ihrer Gesellschaft, ebenfalls mit Dividendenberechtigung vom 1. Januar 1906 ab, zu liefern.

Gemäss §§ 290 und 305 Abs. 3 des Handelsgesetzbuches fordern wir hiermit die Aktionäre des Westfälischen Bankvereins auf, ihre Aktien nebst Dividendenscheinen für 1906 und ff. und Talons zwecks Umtausches in Aktien unserer Gesellschaft nach Massgabe der obigen Bestimmungen

bis spätestens 15. Januar 1907 einschl.

bei den Kassen des

Westfälischen Bankvereins, Münster i. W. und Bocholt, Filialen der Essener Credit-Anstalt A. G.

einzureichen.

Unsere genannten Zweiganstalten sind bereit, die Verwertung bezw. Beschaffung der beim Umtausch sich ergebenden überschüssigen oder zur Ergänzung von vollen Aktienbeträgen gewünschten Spitzen spesenfrei zu vermitteln.

Die bis zum

15. Januar 1907

zum Umtausch nicht eingereichten Aktien des Westfälischen Bankvereins werden gemäss § 290 des Handelsgesetzbuches für kraftlos erklärt; die an deren Stelle von uns auszugebenden neuen Aktien werden wir gemäss den gesetzlichen Bestimmungen verkaufen und den Erlös zur Verfügung der Beteiligten stellen.

Essen (Ruhr), den 6. Oktober 1906.

Essener Creditanstalt.

Unsere Bureaus sind nach

Kronprinzenstraße Nr. 19

verlegt.

Allgemeine Baugesellschaft m. b. H.

Münster i. W.

Prima Moselweine

eigenes Gewächs, per Liter oder Flasche 60, 70, 100, 120 Pfg. und höher bis 5,00 Mk.

Prima Rotweine

aller Weinjahrg. ärztlich empfohlen, zu 70, 90 und 120 Pfg. Probeflasche mit 8 Originalmarken 5,40 Mark.

Notar J. J. Herlet Ww., Weingut Mosella Carden-Mosel

Moselweine per 963 Liter 380 bis 3000 Mark.

Vertreter gesucht.

Stoewer, Modell III.



Erstklassige Typenhebel — Schreibmaschine. leichter Anschlag. Grosse Schreibschnelligkeit. Sichtbare Schrift.

Preis Mk. 375.

Hauptkatalog gratis.

Bernh. Stoewer, Aktiengesellschaft.

Stettin.

Gegründet 1857. 3½ Millionen Kapital. ca. 1400 Arbeiter.

Vertreter: **M. Löwenstein, Münster.**

Deutsche Militärdienst- Lebens- u. Versicherungs-Anstalt a. G. in Hannover.

Errichtet im Jahre 1878.

Militärdienst-Versicherung, Lebens-Versicherung.

Gesamtversicherungsbestand: 300 Millionen Mark Versicherungssumme.

Gesamtvermögensbestand: . 130 Millionen Mark.

Gesamtauszahlungen: . . 70 Millionen Mark.

Im Jahre 1905 wurden 21 Millionen Mark Versicherungssumme beantragt.

Die Deutsche Militärdienst- und Lebens-Versicherungs-Anstalt a. G. in Hannover übernimmt unter äusserst günstigen Bedingungen die Versicherung von Kapitalien auf den Fall der Erfüllung der allgemeinen Wehrpflicht i. Deutschen Reiche — **Militärdienst-Versicherungen** — und für den Fall der Erreichung eines bestimmten Lebensalters oder den vorherigen Ableben mit Einschluss der Kriegsgefahr — **Lebens-Versicherungen.** Auch bietet sich vorteilhafte Gelegenheit zur Beschaffung von Kapitalien für Töchterausstatter-, Studienzwecke etc. Alle Ueberschüsse fallen den Versicherten zu. (g 222)

Die uns täglich zugehenden Anerkennungsschreiben und Nachbestellungen beweisen, dass unsere

Patent-Füllfederhalter „Klio"

infolge ihrer Vorzüge:

Verwendung jeder gewohnten Feder und Tinte können in jeder beliebigen Lage in der Tasche mitgeführt werden Schmutzen gänzlich ausgeschlossen,

tatsächlich die besten sind.

Mit Sauger } Nr. 1 einfache Ausführung M. 3 per Stück.
zum Füllen / „ 92 feinste „ „ 4 „ „
Mit Selbstfüllvorrichtung } einf. Ausf. M. 5 p. Stück
(Füllt u. reinigt sich selbst) } feinste „ „ 8 „ „

Vertretung besonders im Kreise der Postbeamten. Im Vergleich zu andern Füllfederhaltern, die bei weitem nicht an „Klio" heranreichen ist der Preis auch einem billiger. Ich möchte den Halter nicht mehr missen.

Herr Dr. med. **W. Wild,** Stötteritz, schreibt: „Mit Ihrem Füllfederhalter „Klio" bin ich **ausserordentlich** zufrieden. — usw. usw.

Zahlreiche Anerkennungen: Herr Prof. Dr. **A. Holst,** Direktor des Technikums Mittweida, schreibt: „Mit Ihrem Füllfederhalter „Klio" bin ich in **jeder Beziehung zufrieden.**

Herr Postassistent **Schmidt,** Pendlin, schreibt: Der Füllfederhalter verdient weiteste

Wiederverkäufern hoher Rabatt.

An die Herrn Beamten liefern wir, wo nicht schädlich auf Wunsch vier Wochen zur Probe.

Prosp. 8h. ca. 100 verschiedene Füllfederhalter gratis u. franko.

Fabrik für Gebrauchsgegenstände G. m. b. H., Hennef (Sieg).

Grösste und leistungsfähigste Füllfederhalter-Spezialfabrik des Kontinents.

Vertreter: **Ol. Kaltenbach,** Münster i. W., Herwarthstr. 17. Tel. 1232

Jos. Weber Nachf.,

Ludgeriplatz 3. **Münster i. W.,** Ludgeriplatz 3.

Möbelfabrik u. Dekorationsgeschäft.

Spezialität:

Massiv eichene Möbel.

Grosses Lager in Teppichen, Gardinen, Portièren, Läufern, Linoleum.

Franz Emil Berta,

Fulda,

Hoflieferant Sr. Heiligkeit des Papstes Pius X.

Spezialität:

Bonifatius-Kerzen

in allen Farben und Grössen, aus absolut **reinem Bienenwachs,** wie es vom Imker kommt, wofür **1000 Mark Garantie,** ausgezeichnet durch besonders ruhigen, sparsamen Brand und den dadurch bedingten Vorzug grösster Preiswürdigkeit.

Grosse gold. Jubiläums-Medaille 1903 Sr. Heiligkeit des Papstes Leo XIII.

verliehen als Anerkennung für eine in der Fabrik der Firma **F. E. Berta** hergestellte u. derselben künstl. ausgestattete Bonifatiuskerze. 1904

Stearin- oder Kompositions-Kronen- u. Tafelkerzen, tadellos brennend, liefere ich zu vorteilhaftesten Preisen. — Ebenso

Weihrauch, Rauchfasskohlen, Kirchenöl und Ewiglichtdochte.



6090



Amsterdam: H. Braakman & Co. Beurt-Dampf-Schiffahrt Rotterdam-Antwerpen Rotterdam-Brüssel Rotterdam-Gent a. vice-versa.

Spedition nach u. von allen Weltteilen, speziell nach Indien und dem Orient.

Bremen: Joh. Heckemann, gegr. 1831.

Bremen: F. W. Neukirch, Bahnspediteur.

Düren, Rhld.: Dürener Speditions- u. Lagerhaus, Otto Taenzer.

Eydtkuhnen: Ad. Siemssen.

Frankfurt a. M.: Ign Eingärtner, Spez. Verk. Mittelrhein—Main, Mainz, Frankfurt, Offenbach, mit eigenen Schiffen.

Hamburg: Deutsche internationale Transport-Gesellschaft m. b. H. Agentur b. Plombirter Dampfich.-Ges.

Hamburg: Hansen & Co., Spedition.

Hamburg: Joh. Heckemann, gegr. 1831.

Hamburg: Richard Jhle, gegründet 1880.

Hannover und **Linden:** Paul Gruner, Spedition etc

Köln a. Rhein: Charlier & Co., gegr. 1843.

Mainz: Bernh. Auer III, Mainzer Speditions- u. Lagerhaus Amtl. Bahnspedition, Möbeltransport Lagerung.

Rotterdam: H. Braakman & Co. Beurt-Dampf-Schiffahrt Rotterdam-Antwerpen Rotterdam-Brüssel Rotterdam-Gent a. vice-versa.

Spedition nach u. von allen Weltteilen, speziell nach Indien und dem Orient.

Rotterdam: Steinmetz & Pettt, seit 1872 Nachfolger von C. Hemmann & Co., gegründet 1847.

Wesel und **Duisburg:** Gebr. Rigaud, Spedition und Schiffahrt.

Wiesbaden: L. Rettenmayer, Kgl. Hofspediteur Roll- u. Lastfuhrwerk Lagerhaus.

Unsere

Bilder-Einrahmerei

mit **Maschinenbetrieb**

bringen wir in empfehlende Erinnerung. Wir sind in der Lage, selbst den weitgehendsten Anforderungen bei gediegener Ausführung in jeder Beziehung Rechnung tragen zu können. **Grosses Leistenlager.**

Alphonsus-Buchhandlung,

Münster i. Westf. 1070

Hafterner Stessin-Gaswerke

G. m. b. H.

Haltern in Westf.

Neueste Erfindung auf dem Gebiete

des Lichtes und der Kraft.

D. R. G. M. Nr. 257 196, Nr. 276 768, Nr. 276 769, Nr. 278 770, Nr. 275 771. D. R. P. angemeldet.

Absolute Betriebssicherheit, ohne jedwede Explosions- und Feuersgefahr, sowie allerbilligste Licht- und Kraftanlage.

Unerreicht zum Betriebe von Gasmotoren und zur Beleuchtung von Kirchen, Schulen, Lehrern, Etablissements, Villen, Bahnhöfen, ganzen Ortschaften u.

Einfachste Bedienung, helles, ruhiges Licht.

Prämiiert mit Ehrenpreis und silberfarbiger Medaille.

Weitgehendste Garantie für Betriebs- und Gefahrlosigkeit.

Prospekte und Referenzen stehen auf Anfrage zur Verfügung.

Tüchtige Vertreter gesucht.

Kaisersteinbruch A.-G., Cöln.

Kamekestrasse 14.

Fertige Haustein-Fassaden.

Prima Referenzen u. Zeugnisse über

Höchste Leistungsfähigkeit.

Wir liefern Bahnhöfe Crefeld, M.-Gladbach, Rheydt, **Regierung** Cöslin, **Provinz.-Museum** Münster i. W., **Pelizeï-Präsidium** Cöln u. Hannover, **Ober-Postdirektion** Cassel, Düsseldorf, Minden, Bielefeld, **Rathäuser** Aachen, Hagen i. W., Recklinghausen, Bielefeld, Rheydt u. s. w. 8021

Illustr. Katalog — Vertreter-Besuch — Anschläge gratis!

Rehfeld's Haarschneidemaschine



Familienfreund mit zwei Kopfschneidekämmen schneidet die Haare 3, 7 u. 10 mm. Jeder Familienmutter **spart viel Geld** und schont ihre Kinder vor der Barbierin, wenn sie ihnen die Haare selbst schneidet. Jeder Ungeübte kann mit dieser Maschine Haare schneiden. Preis per Stück **nur 3,80 Mk.** (Porto 30 Pfg. extra). Versand nur gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages. **Kein Risiko,** da wenn nicht gefällt, Umtausch oder Betrag gerückvergütet. Gebrauchsanweisung liegt bei. 8197

Garantie für jedes Stück.

Rehfeld & Backe, Solingen 608.

Solinger Stahlwarenfabrik mit Versand direkt an Private.

Herr Joh. Krule in Idstein schreibt: „Ich bin mit der gelandten Haarschneidemaschine sehr zufrieden und habe mir den Wert eines solchen nicht vorgestellt. Dieselbe sollte in keiner Familie fehlen."

Koln Rauch! Koln Ruse! Koln Kopfweh!

Spiritus-Bügeleisen



für **Haushalt, Plättstube, Schneider-Werkstatt** in allen **Grössen, Formen, Preislagen** von Mk. 6,— an.

Reise-Bügeleisen (Gewicht 1.4 kg) in elegantem Etui. **Jederzeit überall und ununterbrochen gebrauchsfertig.**

In **Münster** zu beziehen durch die einschlägigen Geschäfte oder direkt durch die

Hannov. Gesellschaft f. Brennspiritus-Verwendung G. m. b. H.

General-Vertrieb der Centrale für Spiritus-Verwertung. Ausstellungs- und Verkaufslokal:

Hannover Leisen-Str. 1. Leisen-Str. 1.

— Man verlange unsere illustrierte Preisliste. — 8176

Aug. Hammerschlag.

Cigarrenfabrikant in Bremen,

empfiehlt von seinen rühmlichst bekannten Cigarren insbesondere die Special-Marken:

Germania, milde und fein, à 45 Mk. per Mille, und ***Hammerschlag,*** mittelkräftig, à 45 „ „

wovon **Probeschachtel** gerne zu Diensten stehen. Rückendung ist gestattet. Versuch ohne Risiko. 8218

PIANOS

modernster Bauart, alle neuesten Fortschritte mit hundertjähriger Erfahrung vereinend, entsprechen klangschön, leichteste Spielart, fest in Stimmung, gesichtsvoll in Ton und Ausstattung.

K. K. Hofpianoforte-Fabrik gegr. 1791 in Barmen Neuweg 40.

IBACH

Filiale: Köln Neumarkt 18. Filiale: Düsseldorf Schadowstrasse 70.

Verkauf, Vermietung, Umtausch, Reparatur, Stimmen. — Zuverlässiger fachmännischer Rat in allen Pianofragen bereitwilligst und unentgeltlich. Kataloge gratis und franko. Alleinverkauf von Estey-, Mason & Hamlin-Orgeln, sowie des Original-Klavierspielapparates

PIANOLA

Pensionat

der Schwestern vom armen Kinde Jesus

in Moresnet (bei Aachen).

Gesunde Lage. — Gemütliche Körperpflege. — Gründlicher Unterricht in allen Fächern der praktischen höheren Mädchenschule. — Sorgfältiger Hausrat zur Erlernung des Haushalts. 8471

Anfragen um Prospekte zu obigem an die Vorsteherin der Anstalt, Post Vaalserquartier.

Haushaltungs-Pensionat

von **Frau Dr. Kollmer,**

Hennef-Sieg., Hauptstr. 36.

Junge Mädchen finden gründliche Erlernung in allen Zweigen des Haushaltes. Mut Wunsch auch seminaristische Fächer. Gute Empfehl. d. h. Herren Geistlichen und die Eltern fr. Pensionärinnen. 8502

Landwirtschaftliche Winterschule

zu

Welbergen, Kreis Steinfurt,

beginnt am 6. November.

Die Schüler finden hier auf dem Lande vor den Stadtgefahren bewahrt. Sie finden gute Unterkunft beim Dirigenten bei Kraft, beim Landwirte. Näheres Verbreitung durch benachbarte Landwirte. Schulgeld 30 Mk. im ganzen, Kostgeld 35 Mk. pro Monat. Anmeldungen und Auskunft beim Dirigenten 8496

Sommer, Kapitän.

Mit Harmonium-Spielapparat dem neuen **„Harmonista"** (mit 44 Spieltasten) kann **jedermann** ohne Notenkenntnis **sofort** stimmig Harmonium spielen. **Preis** incl. Liederbuch mit 250 Melodien **franco 30 Mk. illustr.** Prospekte auch über 8497

• Harmoniums •

mit wundervollem Orgelton **gratis.**

Aloys Maier, Hoflieferant (Gegr. 1846.) **Fulda.** (Gegr. 1846.)

In jedes Haus, wo ein Harmonium steht, wo ein Harmonium gehört, gehört auch dieses Buch!

Die Tuchfabrik L. G. Vocke,

Braunschweig bei Osnabrück,

Größtes u. ältestes Geschäft dieser Art, Engros- und Detail-Verkauf **direkt** an Private, empfiehlt ihr überaus **großes Lager** in guten und billigen Kleiderstoffen, wie **Herren- u. Damenstoffen, Schlaf- und Pferdedecken,** sowie **Herd- und Stiefelgarnen.**

Außerdem unterhält die Fabrik ein reichhaltiges Lager in schwarzen, gediegenen **kräftigen Buckskins, Cheviots, Beamtengarnen, Loden-, Ueberzieher- und Damenkleiderstoffen,** welche zu billigen Preisen direkt an Private abgegeben werden. — Muster bitte franko zu Diensten. — Für gediegene Waltuchen werden garantirbaft nicht verarbeitet. 8005

Bei Anfrage von Mustern bitte auf diese Zeitung Bezug zu nehmen.



Christophlack

als Fußboden-Anstrich bestens bewährt,

sofort trocknend und geruchlos,

von Jedermann leicht anwendbar, **gelbbraun, mahagoni, eichen, nußbaum u. granitartig.**

In Münster i. W.: **A. & F. Hasemann.**

In Warendorf: **Herm. Jos. Bonne.** 8276

Natürlicher Messina

Zitronen-Saft

garantiertrein, aus frischen Früchten hergestellt. 1 Liter enthält den Saft von ca. 70 Zitronen. Literfl. **4 M.** Postsendungen zuzüglich Porto und 15 Pfg. Verpackung per Liter.

Verwendung zu Limonade, Ersatz für Essig und frische Zitronen. Zu Kurzwecken bei Gicht, Rheumatismus, Gichtkranke, Gallenleiden, Nierenkrankheit usw. Broschüre über Verwendung gratis.

A. Umé, Köln 5.

Eine Mark!

Lieber Leser, hast du noch eine Mark?

vielleicht 2, 3 oder 10 und mehr? Bitte, bitte sende sie, um unserem armen heimatlosen Kinde im Alter von 3 Monat bis 14 Jahren zu erhalten, an das

St. Josefsheim, Berlin N 58

Pappel-Allee 110—111

oder

St. Josefsheim, Sittard,

Post Wehr (Reg. Aachen)

Kind d. Caritasv. v. g. Herzen Jesu

M. Maria-Vereein Tauscher C. v. g. H. J. 8201